

7. Sitzung vom 12. Dezember 2022

rsa

Seite 83

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 12. Dezember 2022, 18:30 - 22:40 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	-

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. Ersatzwahl Kommission
4. Budget 2023 und Festsetzung des Steuerfusses

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 2. Dezember 2022 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

1.1 Überweisungen

Keine.

1.2 Eingänge

- Bericht und Antrag zum Budget 2023
 - Fragen von Angelo Minutella, GLP, vom 24. November 2022 für das Traktandum Fragestunde
 - Frage von Hans Roth, SP, vom 21. November 2022 für das Traktandum Fragestunde
-

0.5.0

2. Fragestunde

Hans Roth, SP, hat zu diesem Traktandum folgende Frage eingereicht. Sie lautet:

„Die Leitung der Schulverwaltung an der PS Wädenswil ist nach wie vor nur interimsmässig besetzt. Offensichtlich ist es schwierig, geeignete Personen für diese Aufgabe zu finden. Gedenkt der Stadtrat eine externe Institution für die Suche einer Person zu beauftragen? Und falls nein; weshalb?“

Stadtpräsident Philipp Kutter: Danke vielmals für diese Frage. Zu aller erst muss ich vielleicht eine kleine Einleitung machen warum ich jetzt rede und nicht der Schulpräsident. Bei der Schulverwaltung ist es so, dass das Personal vom Stadtrat angestellt wird und nicht von der Schulpflege. Das pädagogische Personal wird hingegen von der Schulpflege eingestellt, die ich an dieser Stelle herzlich auf der Tribüne begrüsse. Im Bereich der Schulverwaltung ist es also der Stadtrat und die Frage von Hans Roth kann ich so beantworten: Ja, es ist denkbar, dass wir externe Hilfe in Anspruch nehmen. Im Moment führen wir Gespräche und sind zuversichtlich, dass wir die Stelle in nützlicher Zeit besetzen können. Es ist grundsätzlich sehr anspruchsvoll, gutes Personal für solche Schlüsselpositionen zu finden, weil wir uns alle im gleichen Fachkräftetopf bedienen und der Topf zurzeit leider nicht genügend gefüllt ist.

(Hans Roth hat keine Folgefrage.)

.....

Auch Angelo Minutella, GLP, hat zu diesem Traktandum Fragen eingereicht. Es geht um die freien Tage, die die Mitarbeitenden erhalten. Sie lauten:

1. **Wer hat die Kompetenz solche "Geschenke" anzuordnen?**
2. **Auf Basis welches Artikels in welcher Verordnung/Gesetz/Statut werden solche Entscheide gefällt?**
3. **Wie viele Male wurden in den letzten 5 Jahren solche "Geschenke" in welcher Grössenordnung angeordnet?**
4. **Warum werden stattdessen nicht die Überzeiten abgebaut?**
5. **Findet der Stadtrat dieses Geschenk gegenüber dem Steuerzahler angemessen, in Zeiten wo die Energiepreise, Mietzinse und Krankenkassenprämien stark steigen und die Inflation die Preise in die Höhe treibt?**

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich danke auch dem Fragesteller für seine Fragen und fange von hinten an. Ja, der Stadtrat erachtet das als angemessen. Wie ich in der ersten Frage ausgeführt habe, stehen wir im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebenden und müssen mit unseren Möglichkeiten versuchen, den interessierten Stellensuchenden ein gutes Angebot zu machen. Die Gewährung von diesen zwei Freitagen über die Festtage hat eine lange und ununterbrochene Tradition. Es ist eine lange Praxis bei der Stadt Wädenswil und sie orientiert sich an der Praxis des Kantons, die bis 2019 galt. Im 2019 revidierte der Kanton dann sein Reglement. Auch heute gewährt der Kanton immer noch solche Ferientage. Gerade jetzt aktuell hat er wieder all seinen Mitarbeitenden einen Tag zur Verfügung gestellt. Wir richten uns in vielen Personalfragen nach dem Kanton und in diesem Fall haben wir das auch so gemacht. Die Praxis hat, wir sind da ein bisschen in die Historien gegangen, darauf abgezielt, dass das Personal der Stadt mindestens in Bezug auf die Ferien gegenüber dem Personal des Kantons nicht schlechter gestellt ist. In Bezug auf den Lohn muss man klar sagen, dass wir nicht mithalten können. Rechtlich betrachtet handelt es sich um ein Gewohnheitsrecht, weil es eine langjährige und ununterbrochene Praxis ist.

Angelo Minutella, GLP: Merci für die Beantwortung dieser Frage. Die Antwort überzeugt mich nicht ganz. Diese Massnahme belastet jedes Jahr das Budget mit mehreren CHF 100'000, ohne dass eine Grundlage existiert. Es gibt keine Verordnung, es gibt kein Gesetz, sondern man beruft sich hier auf das Gewohnheitsrecht. Seit Jahren werden damit Steuergelder verschenkt. Man hätte mit diesen Beiträgen sämtliche aufgelaufenen Überstunden oder Überzeiten abbauen können. Gerade der Überstundenabbau hat die GRPK mehrmals eingefordert. Lieber Stadtrat, wie erklären sie dem Steuerzahler, dass die Verwaltungsangestellten regelmässig zwei Tage geschenkt bekommen, zusätzlich lohnmässig die Teuerung immer ausgeglichen und die Negativeuerung nie abgezogen wird sowie die Überstunden inklusive Kader immer aufgeschrieben werden können? Das ist für mich wirklich nicht nachvollziehbar. Ich fordere den Entscheid rückgängig zu machen oder zumindest anzupassen, so dass die, die eine gewisse Anzahl Überstunden vor sich hinschieben, diese abbauen müssen.

Zum Wettbewerb, den du angeschnitten hast: Ja, wir stehen im Wettbewerb, wir Unternehmen ebenfalls. Es ist sehr schwierig Personal zu finden. Die zwei Tage sind garantiert nicht matchentscheidend. Es sind andere Sachen, die matchentscheidend sind. Wir haben ein Besoldungsreglement, das sich nach dem Kanton richtet. Wenn ich die Argumentation höre, dass Leute weggehen und lieber zum Kanton wechseln, weil dort die Besoldung besser ist, dann geht das für mich einfach nicht auf. Wir haben ja genau diese Bedingungen, die der Kanton hat. Wir haben diese in unser PBS übernommen.

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Ich glaube es war keine Folgefrage.

0.5.3

3. Ersatzwahl Kommission

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Mona Fahmy wird den Gemeinderat auf Ende dieses Jahres verlassen. Als Nachfolge in den Gemeinderat hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 5. Dezember 2022 Karin Signer auf Beginn des neuen Jahres als gewählt erklärt.

Für die Wahl in eine gemeinderätliche Kommission hören wird nun den Vorschlag der IFK.

IFK-Präsident Thomas Koch: Die IFK schlägt **Karin Signer, SP**, zur Wahl als Mitglied in die Raumplanungskommission vor.

Karin Signer, SP, wird ohne Erweiterung und Auszählung unter Vorbehalt der Rechtskraft ihrer Wahl in den Gemeinderat auf den 1. Januar 2023 in die Raumplanungskommission (Ersatz für die aus dem Gemeinderat zurückgetretene Mona Fahmy, SP), gewählt.

0.10.5

4. Budget 2023 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsverordnung des Gemeinderats muss der Gemeinderat auf das Budget eintreten. Damit entfällt eine Eintretensdebatte.

Für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen wird vorgeschlagen, gemäss der Reihenfolge auf Seite 7 + 8 des Budgets vorzugehen.

Erstens wird über das vorliegende Budget 2023 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen beraten. Zweitens wird der Steuerfuss 2023 verhandelt und festgelegt. Die endgültige Festlegung des Budgets ist abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss.

Abschliessend wird über das Gesamtpaket - Budget und Steuerfuss - eine Schlussabstimmung durchgeführt.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr gibt es dagegen keine Einwände.)

Erstens Budget und Leistungsaufträge

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Es wird Abteilung für Abteilung durchgegangen. Jeder Antrag der GRPK oder einer Fraktion ist ein Änderungsantrag, über welchen gleichzeitig abgestimmt wird. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet, bedeutet dies Zustimmung zum jeweiligen Antrag des Stadtrats gemäss seinem Antrag zum Budget 2023.

Gibt es drei oder mehr gleichgeordnete Änderungsanträge, kommt das Cup-System zur Anwendung. Falls es dazu kommt, werde ich dies dann genauer erklären.

Wenn alle Abteilungen und alle Änderungsanträge behandelt sind, wird am Schluss über das bereinigte Budget 2023 als Ganzes abgestimmt.

Zur Detailberatung zum Budget (abteilungsweises Vorgehen)

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Zum Budgetantrag und Bericht verweise ich auf die Eingaben, die wir gemacht haben. Ich würde aber gerne noch ein paar einleitende Worte sagen.

Für das Jahr 2023 budgetiert der Stadtrat mit einem positiven Ertragsüberschuss von rund CHF 2.8 Mio. Auch wenn das Ergebnis auf den ersten Blick erfreulich aussieht, hilft der Überschuss nur in einem geringen Umfang, mittel- bis langfristig das Anwachsen der Schulden zu verlangsamen. Der Stadtrat legte der GRPK zur Finanzstrategie dar, dass der Cashflow im Mittel pro Jahr rund CHF 5 Mio. zu tief ist, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Also CHF 5 Mio. pro Jahr, die fehlen. Um den Cashflow zu verbessern haben wir zwei Möglichkeiten. Wir können die Erträge erhöhen oder den Aufwand reduzieren bzw. wie der Stadtrat Finanzen es formulierte, auch beides gemeinsam, weil wir nicht darum herkommen. Und da beginnt aus meiner Sicht das Dilemma. Seit Jahren, schon vor der ersten Rückweisung des Budgets im Jahr 2020, sind sich der Gemeinderat und der Stadtrat nicht einig, welches der richtige Weg ist. Eine Mehrheit der GRPK ist der Ansicht, dass erst der Aufwand reduziert werden muss, bevor die Erträge erhöht bzw. erhöht werden dürfen. Entsprechend sind auch die Mehrheitsanträge der GRPK zum Budget 2023 zu lesen. Eine Minderheit der GRPK folgt dem Stadtrat und sieht, dass die aktuelle Situation einerseits eine Ertragserhöhung zulässt und andererseits zusätzlich Ressourcen benötigt werden um den heutigen Leistungsauftrag zu erfüllen. Diesen Ansätzen scheint aber die gemeinsame Erkenntnis zu fehlen, dass es eben beides braucht. Einerseits eine klare und rasche Leistungsüberprüfung des Stadtrats mit klaren Aussagen zum politisch gewollten Aufwand und andererseits die Erkenntnis einer Mehrheit des Gemeinderats, dass es auch mit einer Leistungsreduktion immer noch einer Ertragssteigerung bedarf.

In der Vorbereitung zu dieser Sitzung stellte ich mir die Frage, warum wir im Gemeinderat und Stadtrat die Differenz nicht überwinden können. Trotz den Sparvorgaben seitens Gemeinderat in den vergangenen Jahren haben wir die Nettoverschuldung der Stadt Wädenswil im Prinzip seit 2016 nicht wesentlich reduzieren können. Die Verschuldung ist mehr oder weniger stabil zwischen CHF 500 und CHF 800 pro Einwohner geblieben. Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren. Ich sehe aber im Moment als fundamentale Differenz ein mangelndes Vertrauen zwischen Gemeinderat und Stadtrat und die Wahrnehmung, wie die jeweiligen Aufgaben und Kompetenzen wahrgenommen bzw. umgesetzt werden.

Als GRPK-Präsident werde ich darum im kommenden Jahr noch stärker den Fokus darauf richten, die Differenzen in der verbleibenden Legislatur zu reduzieren. Was brauchen wir dafür? Wir brauchen auf beiden Seiten vergleichbare Kennzahlen, bessere Führungsinstrumente und Strukturen sowie die Offenheit, sich für gemeinsame Lösungen einzusetzen. Für das brauchen wir einen engen und direkten Austausch zwischen den Gremien. Ich werde meinen Teil dazu beitragen, dass der engere und direktere Austausch zukünftig stattfinden kann.

In dem Sinne lasse ich mich gerne in den kommenden Abstimmungen zu den Anträgen positiv überraschen.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Ueli Reiter erwähnte vorhin die Differenzen zwischen Stadtrat und Gemeinderat. Ich denke, das ist nicht das Einzige. Wir müssen auch die Differenzen anschauen, die wir innerhalb des Gemeinderats selber haben.

Vor uns liegt das Budget des Stadtrats, das sich nach der vom Stadtrat vor kurzem beschlossenen Finanzstrategie richtet, Entschuldigung, richten sollte, mit Betonung auf sollte. Stadtrat Christoph Wolfer betonte bei seiner Präsentation der Finanzstrategie in der GRPK, dass die Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung die aktive Beteiligung von allen politischen Kräften sei. Dies in Form von einem einfach gesagt "geben und nehmen" im Rahmen einer Auslegeordnung der städtischen Aufgaben und deren Priorisierung. Nachdem jetzt die Anträge von uns Gemeinderäten auf dem Tisch liegen, stelle ich fest, dass wir von einer solchen, von einem gegenseitigen Respekt geprägten Prozess, noch einiges entfernt sind. Das kann halt nicht einfach so auf Knopfdruck funktionieren. Wenn jetzt in verschiedenen Anträgen mit eben dieser Strategie argumentiert wird, nämlich der Finanzstrategie, dann können wir von der SP/EVP-Fraktion den Anträgen nicht einfach so nachkommen. Unmöglich wird es für uns, wenn die Anträge die GO oder übergeordnetes Recht verletzen.

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch noch einmal zum Ausdruck bringen, dass wir die Massnahmen der Leistungsüberprüfung vermissen, die uns eigentlich schon länger in Aussicht gestellt worden sind. Ergänzend zu den Punkten von meinen Kollegen möchte ich auf die Personalkosten etwas genauer eingehen. Die steigenden Personalkosten, und damit meine ich die Sachkontengruppe 30, fallen seit Jahren auf und sind einiges höher als im Finanz und Entwicklungsplan. Sie steigen auch dieses Jahr um 9 %, auch wenn plus sechs Vollzeitstellen beim Sozialen nachvollziehbar sind. Wir überschreiten mit dem Budget 2023 die 60 Millionengrenze, verteilt auf 260 Vollzeitstellen. Jetzt bitte ich Sie das einmal auszurechnen. Das sind genau 61 Millionen, dividiert durch 260 Vollzeiteinheiten, ergeben Personalkosten von CHF 235'000 pro Vollzeiteinheit. Hoppla kann ich dazu nur sagen. Darin sind Löhne, Sozialabgaben, obligatorische Versicherungen, Weiterbildungskosten, aber auch Gemeinderatskosten und Stadtratskosten enthalten. Sie können demzufolge ungefähr 20 % abziehen und dann sind wir ungefähr bei diesen Lohnkosten. Jetzt gibt es auch noch eine öffentlich zugängliche statistische Datenbank des Kantons (statistik.zh.ch), bei der Sie die Personalkosten im Verhältnis zu den Einwohnern stellen können. Und siehe da, Wädenswil hat im Vergleich zu den Bezirksgemeinden die höchsten Personalkosten. Auch wenn Sie mit ähnlich grossen Zürcher Gemeinden, also die Gemeinden zwischen 15'000 und 40'000 Einwohnern, das sind 16 Gemeinden, vergleichen, stehen wir mit dem Personalkostenbudget immer noch auf dem zweiten Platz gleich nach Uster. Natürlich lassen sich die Zahlen nicht 1:1 vergleichen, wie die Stadt uns das am Beispiel Horgen nachgerechnet hat. Aber wenn ich Ihnen jetzt auch noch zusätzlich verrate, dass die Stadt beim relativen Personalkostenwachstum im Bezirk auch Spitzenreiterin ist, sollte uns das irgendwie langsam zu denken geben.

In der Summe von all diesen Zahlen sind das einige Hinweise zu den nachfolgenden Anträgen, die wir besprechen werden, die im Personalkostenbereich dazu geführt haben. Wir fordern hier eigentlich Transparenz, eine Schönrechnerei, wie wir es bei den Fusionskosten gemacht haben, bringt uns definitiv nicht weiter.

Mitglied der GRPK, Ursula Gall, Die Mitte: Wir haben es gehört und gesehen, die Finanzlage von Wädenswil bleibt angespannt und der Stadtrat ist weiterhin gefordert, um die Schulden in den Griff zu bekommen. Er muss seine Hausaufgaben machen, der Finanzhaushalt, die Leistungen und Kosten müssen weiter konsequent überprüft werden. Massnahmen müssen ergriffen werden, genauso wie es in der Finanzstrategie vorgesehen ist.

Wir von der Mitte Fraktion schauen aber auch dieses Jahr wieder zuversichtlich und optimistisch in die Zukunft. Der Stadtrat präsentiert uns ein Budget mit einem klaren Ertragsüberschuss von CHF 2.8 Mio. und das trotz dem hohen Teuerungsausgleich bei den Löhnen und den höheren Energiepreisen. Auch bei den Kennzahlen geht es in die richtige Richtung. Ja, der Selbstfinanzierungsgrad ist nicht so hoch wie er sein sollte, aber er ist mit 55 % und 63 % für den steuerfinanzierten Teil so hoch wie schon lange nicht mehr. Wir wissen auch aus der Hochrechnung, dass die Rechnung 2022 wahrscheinlich besser abschliesst als erwartet.

Wir glauben an Wädenswil als attraktiven Standort für das Gewerbe. Es ist eine tolle Stadt zum Wohnen und wir können auf vieles stolz sein, was Wädenswil zu bieten hat, seien es unsere Vereine, guten Schulen oder angemessenen Angebote für alle Altersgruppen. Das sind Institutionen, die wir stärken und unterstützen müssen, weil sie Wädenswil ausmachen. Wir werden heute ein paar Anträge hören, bei denen es um Budgetkürzungen beim Personal und bei der Bildung geht. Wir von der Mitte sind aber klar der Meinung, dass übertriebene Sparmassnahmen bei Bildung, Gesundheit und Sport falsch sind. Da spart man am falschen Ort. Um es gerade vorne weg zu nehmen: Wir werden auch einen Antrag stellen zu der dringend notwendigen Sanierung des Fussballplatzes in der Beichlen. Der FC ist der grösste Verein hier in Wädenswil und der Fussballplatz ist in einem desolaten Zustand. Auch um das vorne weg zu nehmen, werden wir heute den Antrag des Stadtrats unterstützen, dass der Gesamtsteuerfuss von Wädenswil gleich und somit stabil bleibt.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Aus unserer Fraktion ist schon das Votum zum allgemeinen Teil gekommen. Als GRPK-Mitglied möchte ich darum nur noch auf den Punkt der steigenden Personalkosten bzw. die zahlreichen Anträge zu den Lohnkonten eingehen.

Und täglich bzw. jährlich grüsst das Murmeltier. Sie kennen den Satz, er kommt normalerweise aus der Reihe der FDP und richtet sich an die SP. Heute passt er in die umgekehrte Richtung. Jedes Jahr im Dezember müssen wir über Anträge diskutieren und abstimmen, bei denen es um gebundene Ausgaben geht oder die Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrats liegen und deshalb unzulässig sind. Ich glaube an das Gute im Menschen, darum glaube ich auch, dass unsere Gemeinderäte nicht etwa an Vergesslichkeit oder Inkompetenz leiden. Vielmehr habe ich das Gefühl, sie akzeptieren unser politisches System nicht und das stimmt mich ein bisschen nachdenklich. Ich finde es eine Zumutung, dass wir Gemeinderäte das Gefühl haben, wir müssen personelle Entscheidungen treffen, obwohl dies klar die Aufgabe des Stadtrats ist. Es kann doch nicht sein, dass wir Gemeinderäte das Gefühl haben, der Stadtrat ist nicht fähig, Entscheidungen zum Wohle der Stadt und den Bürgern zu treffen. Es ist die Aufgabe des Gemeinderats, das Budget zu prüfen und auch zu schauen, das nicht einfach Steuergelder vergeudet werden. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, Stellen zu streichen oder sie nicht zu bewilligen. Wir dürfen und sollen kritisch bleiben, Ausgaben und Aufgaben hinterfragen und versuchen zu verstehen. Ich habe schon letztes

und vorletztes Jahr an die Vernunft appelliert und gefordert, dass wir den Dialog führen sollten. Den Dialog mit dem Stadtrat, den Dialog mit der Bevölkerung. Welche Leistungen wollen wir? Was ist uns die Stadt Wädenswil wert? Einfach in verschiedenen Abteilungen das Lohnkonto anzupassen, aber nicht verstehen wollen, was für Veränderungen, dass das mit sich zieht, ist nicht konstruktiv und auch nicht respektvoll dem Stadtrat und übrigens auch der Schulpflege gegenüber.

Ich stelle darum auch dieses Jahr wieder einen Ordnungsantrag und hoffe inständig, dass wir nächstes Jahr nicht mehr Zeit, Geld und Nerven in sinnlose Anträge investieren müssen. Den Ordnungsantrag habe ich schon abgegeben. Ich weiss nicht, ob du ihn noch vorlesen musst.

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Damit ist die Diskussion zur Detailberatung unterbrochen und wir kommen zum Ordnungsantrag, den ich jetzt vorlese:

Ordnungsantrag von Judith Fürst, SP

Keine Diskussion und Abstimmung über folgende unzulässige Anträge:

- *Präsidiales, 0150.3010.00, Allgemeine Verwaltung/Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal*
- *Finanzen, 0209.3010.99, Zentrale Budgetpositionen/Personalaufwand*

Thomas Koch, FDP: Liebe Judith, das Murmeltier ist voraussehbar gewesen, darum habe ich auf dein Votum etwas vorbereitet.

Zuerst müssen wir einmal klären, was eigentlich ein Ordnungsantrag ist. Art. 76 der Geschäftsverordnung Gemeinderat definiert, was Ordnungsanträge darstellen. Ordnungsanträge sind insbesondere, so steht es in der Geschäftsverordnung, Anträge auf Verschiebung der Schlussabstimmung, Verlängerung oder Verkürzung der Redezeit, Unterbrechung der Sitzung oder Abbruch der Sitzung. Es ist also ein Antrag, der sich ausschliesslich auf den Verfahrensgang als solches bezieht. Er bezieht sich auf den formellen Ablauf der Sitzung. Was der Ordnungsantrag also nicht darf ist, die inhaltliche Meinungsbildung zu einem bestimmten Sachgeschäft vorne weg zu nehmen, oder wie hier, die Detailberatung von Vorn herein abzuklemmen mit der Behauptung, ein konkreter Antrag, den uns die Mehrheit der GRPK zur Beratung vorlegt, sei angeblich inhaltlich unzulässig. Wenn jemand der Meinung ist, dass ein bestimmter Antrag inhaltlich aus bestimmten Gründen rechtlich nicht zulässig ist und daher abzuweisen wäre, müssen diese Gründe in der Detailberatung vorgebracht werden. Dann werden die gegenseitigen Argumente ausgetauscht und am Schluss wird abgestimmt. Und wenn dort die Mehrheit des Rats der Meinung folgt, der Antrag sei tatsächlich unzulässig, dann wird der Antrag abgewiesen.

Der Stadtrat ist in der Budgetberatung Partei. Er will, dass ihm der Gemeinderat für konkrete Geschäfte Geld bewilligt. Die Mehrheit der GRPK ist der Meinung und beantragt uns, dass in der Erfolgsrechnung Präsidiales aus den genannten Gründen eine Kürzung vorzunehmen ist. Es ist natürlich legitim, dass der Stadtrat in seiner Stellungnahme behauptet, der Kürzungsantrag sei unzulässig. Darum braucht es eben genau diese Detailberatung, in der die

Mehrheit der GRPK die Möglichkeit hat, zu begründen, weshalb die Kürzung inhaltlich eben doch zulässig ist. Diese Gründe gibt es. Auch die FDP-Fraktion ist einhellig der Meinung, dass der Kürzungsantrag zulässig ist und wir werden begründen weshalb.

Was nicht geht und rechtlich unzulässig ist, ist die inhaltliche Detailberatung und der Austausch von gegenseitigen Argumenten mit einem Ordnungsantrag auszuhebeln und abzuklemmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, wir können gar nicht anders, als uns mit dem Antrag von unserer vorberatenden Kommission, der GRPK, inhaltlich zu befassen. Darum müssen wir den Ordnungsantrag, der die Beratung verhindern will, zwingend abweisen. Wir haben uns diesen Fauxpas, oder das Murmeltier, eine Detailberatung mit einem Ordnungsantrag zu versenken, bereits vor zwei Jahren geleistet und offenbar wirklich nichts daraus gelernt.

Wenn wir heute wieder mit einem Ordnungsantrag eine Detailberatung killen sollten, müssten wir die Frage ein für alle Mal dem Bezirksrat zur Beurteilung vorlegen. Sonst haben wir das gleiche Theater, das gleiche Murmeltier, jedes Jahr wieder. Der Antrag an den Bezirksrat wäre dann, dass der gesamte Budgetbeschluss, der unter anderem auf dem rechtswidrigen Nichtzulassen von einer inhaltlichen Auseinandersetzung über einzelne Budgetpositionen abstellt, aufgehoben wird. Dann hätten wir also wieder dasselbe wie vor zwei Jahren, nämlich einen budgetlosen Zustand, ausgelöst durch die Unlust der SP, sich der Diskussion über diesen Budgetposten zu stellen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Dem Stadtrat ist es wichtig eine langfristige Finanzstrategie zu verfolgen. Rückblickend haben wir in den letzten sechs Jahren einen Schuldenberg aufgebaut. Ich glaube, das war keine Heldentat. Das oberste Ziel ist klar, die Neuverschuldung muss gestoppt und mittelfristig sogar abgebaut werden. Die bestehenden Schulden müssen also abgebaut werden. Auch klar ist, dass das nur gemeinsam geht. Wenn jeder dem anderen die Schuld gibt und sagt, du musst zuerst, funktioniert es ganz sicher nicht. Es freut darum den Stadtrat ausserordentlich, dass wir mit dem Gemeinderat oder mindestens mit der GRPK bei verschiedenen Sachen gemeinsame Absichten haben. Das erste und oberste Ziel ist das Stoppen der Schulden. Das zweite Ziel ist, dass man in der tieferen Beurteilung Steuerhaushalt und Gebührenhaushalt trennen muss. Das ist sinnvoll, weil man das getrennt betrachten muss. Auch die Überlegung, dass die Selbstfinanzierung im Vordergrund steht, spricht der Cashflow als Beurteilungskriterium, und nicht der Überschuss, der durch das HRM2 im Moment eher zufällig ist. Auch die Zielsetzung mit 80 % Selbstfinanzierung, vor allem im Steuerhaushalt. Auf die wir uns eigentlich, was das Budget betrifft, einigen können. Da wir nicht alle Investitionen ausführen können, reichen 80 %. In der Rechnung sollten es dann aber 100 % sein. In der Beurteilung des Wegs dorthin haben wir noch gewisse Differenzen. Mindestens mit einem Teil der GRPK. Vor allem der Zeitablauf von Digitalisierung, Leistungsüberprüfung und Wirkung bei den Kosten ist unterschiedlich. Erste

Einschätzungen von Dritten, also von Unabhängigen, zeigen klar, dass der Aufwand der Stadt Wädenswil ausserhalb der Schule durchschnittlich ist. Das sagt noch nicht viel aus, setzt aber mindestens nicht einen Alarm, dass man sofort mit schweren Geschützen auffahren müsste. Es ist ganz klar in der Finanzstrategie drin, dass man jetzt zuerst eine klare Leistungsüberprüfung macht, und zwar eine fundierte, die nicht einfach irgendwelche Milchbüchleinrechnungen hervorzieht, sondern auf klaren Daten basiert, die vergleichbar und entsprechend aufgearbeitet sind und die auch aus Städten mit ähnlichen Verhältnissen sind, nicht aus Kleingemeinden, auch nicht aus Grossstädten, die nicht direkt mit Wädenswil vergleichbar sind. Wir müssen also eine gesunde Basis haben. Dann müssen wir die miteinander anschauen und beurteilen. Das ist nicht eine einmalige Übung, die in 12 Monaten abgeschlossen ist, sondern es wird ein dauernder Prozess sein, bei dem wir immer wieder genau hinschauen und definieren müssen: Wo sind wir gut unterwegs? Wo haben wir Handlungsspielraum, den wir diskutieren müssen? Das heisst in 12 Monaten wird das Thema nicht abgeschlossen sein und fertig mit einem Bericht auf dem Tisch liegen.

Meine Befürchtung ist, dass das Ergebnis aus der Leistungsüberprüfung nicht so ist, dass wir im nächsten Budget dann einfach den Aufwand um CHF 5 Mio. reduzieren können und das niemand merkt. Das Ergebnis der Leistungsüberprüfung wird sein, dass wir über Leistungen diskutieren und einen politischen Prozess anstossen müssen. Wir wissen alle, dass es dann nicht mehr so einfach ist. Wenn wir dann sagen, wir müssen dem Fussballclub seine Anliegen ein bisschen zurück zurückstellen, im Berg ein Schulhaus schliessen, die Freizeitanlage schliessen, Schwimmbecken im Steinacker schliessen, im Hallenbad Öffnungszeiten einschränken, bei der Bibliothek etwas ändern, wird es schwierig. Das sind dann Diskussionen, die schwieriger werden, als einfach die Personalkosten zu kürzen. Das ist zu einfach, so können wir im Stadtrat nicht arbeiten. Wir haben Leistungen, die wir erbringen müssen, die erbringen wir und diese haben einen Preiszettel. Wenn wir die Leistungen ändern, dann können wir auch den Preiszettel ändern. Was nicht geht ist einfach zu sagen, wir müssen gleich weiterarbeiten wie bisher, bekommen aber einfach nur noch die Hälfte. Hier haben wir also noch Differenzen und es freut mich vom GRPK-Präsidenten zu hören, dass wir über die verschiedenen Wahrnehmungen mehr miteinander reden und diese auch etwas angleichen sollten, um ein besseres Verständnis hinzubringen. Ich möchte diesen Prozess unterstützen, ich glaube das ist sehr wichtig.

Auch was die Digitalisierung angeht. Die Digitalisierung wird nicht innerhalb von 12 Monaten passieren und nachher können wir fünf Stellen abbauen. Die Digitalisierung ist ein Prozess, in den wir zuerst einmal investieren, nicht unbedingt nur in IT Kosten, das hält sich mindestens in unserem Fall einigermaßen im Rahmen. Aber die aufwändigen Prozesse zu initialisieren und die Daten zum Starten zu beschaffen ist ein sehr grosser Aufwand. In einem ersten Schritt führt er zu mehr Aufwand, speziell auf der Personalseite. Erst danach kann man die Früchte ernten. Die Früchte sind dann aber auch wieder verschiedener Art. Entweder einen besseren Service, tiefere Kosten oder höhere Erträge. Aber es ist nicht zwingend, dass danach immer nur die Kosten tiefer sind.

Auch ein bisschen enttäuschend zur Kenntnis genommen haben wir gewisse Teile des GRPK-Berichts, schon fast populistische Aussagen ohne Faktenbasis über gewisse Vergleiche von Personalkosten. Da sind nicht nur Äpfel mit Birnen, sondern Aprikosen mit Melonen verglichen worden. Ich glaube, das ist nicht die Qualität von Diskussion, die wir suchen. Es

ist aus unserer Sicht auch schwierig, wenn die Finanzstrategie falsch zitiert wird, wenn zweimal Vorzeichenfehler drin sind und auch Stellenangaben von neuen Stellen falsch sind. Der GRPK-Bericht ist ein offizielles Dokument und er entspricht nicht unserer Vorstellung von inhaltlicher Qualität.

Kommen wir zurück zum Budget. Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad des Steuerhaushalts von 63 %. Wenn wir die ausserordentlichen Aufwände im Zusammenhang mit dem Teuerungsausgleich von 3.5 %, den der Kanton bestimmt hat, und die ausserordentlichen Kosten im Bereich der Energie, die wir erst im späteren Rahmen des Budgetprozesses mitbekamen, herausnehmen, die wir ja pauschal gebucht haben, würden wir im Steuerhaushalt 80 % Selbstfinanzierung erreichen. Wir sind also hautnahe daran gewesen. Wir sind einfach eine der Gemeinden gewesen, die die zwei Positionen noch rechtzeitig budgetiert haben. Soviel ich weiss haben alle Gemeinden, aber ganz sicher die meisten Gemeinden um uns herum, diese Positionen noch nicht budgetiert. Das heisst, sie haben 1.1 % Teuerungsausgleich budgetiert, während wir die richtige Zahl im Budget haben.

Die Nettoschuld im Steuerhaushalt pro Einwohner steigt von im Moment rund CHF 820 auf CHF 941 im Budget 2023 und sinkt dann in der FEP-Periode wieder auf knapp CHF 890. Das vor allem dank einem ausserordentlichen Grundstückgewinnsteuerertrag. Das Ziel ist klar, diese Zahl muss auf null herunterkommen bzw. das Vorzeichen wechseln. Kurzfristig bin ich da sehr optimistisch, dass wir die letzten, dieses, wie auch die nächsten zwei bis drei Jahre gut abschliessen werden. Mittelfristig müssen wir aber daran arbeiten, dass wir das bereits erwähnte Defizit mit einem Cashflow von CHF 5 Mio., das strukturell bedingt ist, wegbringen. Das braucht den Einsatz von uns allen und da müssen wir uns auch noch auf einen gemeinsamen Weg einigen. Ich bin überzeugt, dass wir den Weg erreichen und das zusammen schaffen. Ich bin da sehr zuversichtlich.

**Zu den Abteilungen:
Präsidiales** (Seite 64 bis 76)

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: André Zürrer und ich besuchten die Abteilung Präsidiales am 10. November. Wir danken dem Stadtpräsidenten und der Stadtschreiberin für die Beantwortung unserer Fragen und auch unserer Nachfragen.

Ich betrachte die Ausführungen der GRPK zum Bericht und Antrag des Budgets 2023 als gelesen und habe im Sinne einer effizienten Abwicklung der heutigen Sitzung den dortigen Ausführungen nichts mehr beizufügen.

Antrag der GRPK

Konto 0150.3010.00, Allgemeine Verwaltung/Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die Ausgaben CHF 100'000 auf dem oben genannten Konto sollen gekürzt werden.

Alt: CHF 1'163'660

Neu: CHF 1'063'660

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Warum jetzt eine zusätzliche Ressource zur Entlastung im Präsidialen geplant ist, ist für die Mehrheit der GRPK nicht nachvollziehbar. Es gibt objektiv keine zusätzliche Leistungserbringung, gerade haben wir doch eine HR-Leitungsstelle bewilligt. Auch die Anzahl GR-Geschäfte, also Interpellationen, Postulate etc. sind in den letzten drei Jahren in etwa gleichgeblieben. Wir werden einfach den Eindruck nicht los, dass Mikromanagement, Mikrocontrolling statt Delegation im Präsidialen betrieben wird. Vor allem im HR-Bereich sollte die Personalfindung und -beschaffung in den Abteilungen stattfinden. Dort sind Entscheidungskompetenzen vorhanden und dort muss die Verantwortung getragen werden. Damit können auch Fehlentscheidungen gemindert werden. Kurzzeitige Arbeitsspitzen gibt es durchaus und können problemlos mit externen Ressourcen abgedeckt werden, zum Beispiel bei den Wahlen. Externe Ressourcen sind im Gegensatz zu den Anstellungen kurzfristig verfügbar und die Personen sind auch hochmotiviert, auch wenn das doppelt so teuer ist. Einsparungen resultieren gerade dadurch, dass eine bedarfsgenaue Einsatzmöglichkeit gemacht werden kann. Die immer wieder aufgeführten Hinweise zum § 105 des Gemeindegesetzes, Kompetenzregelungen und weiteren Paragraphen, fördern das Vertrauen zwischen Gemeinderat, Stadtrat und Verwaltung nicht. Nur ein Bezirksratsentscheid würde in diesem Fall Klarheit verschaffen. Wir wollen, das heisst die Mehrheit der GRPK, eine schlanke, effiziente Verwaltung. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich sage gerne ein paar Worte aus Sicht des Präsidialen. Zuerst würde ich gerne noch etwas sagen zur Finanzlage der Stadt und hoffe, ich überschreite damit meine Kompetenzen nicht. Dann will ich gerne etwas zur Personalsituation sagen und dann natürlich auch noch zu den Anträgen der GRPK.

Zuerst zur finanziellen Situation. Ich will Sie gerne, wie auch der Finanzvorstand, einladen, dass wir zusammen auf den Weg gehen und wirklich das Verständnis für die gegenseitigen Interessen schärfen, damit wir da auch vorwärts und zu einem konstruktiven Dialog kommen. Ich fand das Votum des GRPK-Präsidenten auch sehr gut und ich denke, das wäre ein guter Ansatz um den Dialog zu verstärken. Generell möchte ich auch ein bisschen davor warnen, die finanzielle Situation der Stadt noch schlechter zu reden als sie ist. Es stimmt, wir müssen bei der Verschuldung aufpassen. Aber ich will Sie nochmals darauf hinweisen, dass gemäss den Kennzahlen des Kantons unsere Verschuldung immer noch als gering einzustufen ist. Sie finden die Kennzahlen übrigens im Anhang des Budgets auf Seite 319 des blauen Buchs. Es ist also noch nicht Hopfen und Malz verloren. Wir können noch rea-

gieren und Sie haben auch gehört, dass es durchaus auch manchmal positive Abweichungen zum Budget gibt. Auch bei der Hochrechnung 2022 ist dies der Fall. Also lasst in eure Gedanken auch ein bisschen Optimismus einfließen.

Nun zum Personalaufwand. Ich möchte kurz auf die Zahlenvergleiche, die Angelo Minutella in seinem Eintretensvotum gemacht hat, eingehen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist der Aufwand CHF 61 Mio. bei 251 Vollzeiteinheiten. Habe ich das korrekt verstanden? Ja, hier sind zwei verschiedene Einheiten durcheinandergewirbelt worden. Die CHF 61 Mio. entsprechen nicht 251 Vollzeiteinheiten, da hast du die Primarschule und die Frohmatt vergessen einzubeziehen. Ich kann das dir nachher sonst noch zeigen. Die Zahlenvergleiche sind jedenfalls nicht korrekt, sie sind nicht hilfreich. Wir haben Vergleichszahlen, sie stimmen und wir machen diese nicht selber. Zusammen mit Externen beziehen wir diese in unsere Finanzplanung ein. Wir können diese gerne zusammen anschauen und auch da kann ich bestätigen, was der Finanzvorstand gesagt hat. Alle Zahlen zeigen, das in Bezug auf das Personal unsere Verwaltung nicht überproportional dotiert ist.

Jetzt zum Stellenwachstum auf das nächste Jahr. Der Stadtrat beantragt Ihnen zusätzlich 9.4 Stellen. Von diesen 9.4 Stellen sind 6 Stellen befristet im Asylbereich. Diese haben einen direkten Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Es verbleiben also für unsere eigenen Bedürfnisse 3.4 Stellen. Das ist, wenn Sie sich zurückerinnern, unterdurchschnittlich. Sie finden im Geschäftsbericht immer die Entwicklung des Stellenplans. Es ist also ein unterdurchschnittliches Stellenwachstum. Ich kann Ihnen sagen, welche Anzahl zusätzliche Stellen wir in den letzten Jahren hatten. 3.4 Stellen müssen Sie im Kopf behalten. Im 2022 4.35, im 2021 6.45, im 2020 11.95 und im 2019 15.35 infolge der Fusion. Jetzt zu sagen, der Stadtrat sei ausgerechnet im Budget 2023 wahnsinnig beim Personal darüber hinausgeschossen, steht aus meiner Sicht etwas schräg in der Landschaft.

Beim Personalaufwand muss man beachten, dass wir eine Teuerung haben. Die Teuerung müssen wir geben. Wir geben das, was der Kanton gibt, das steht in unserem Personal- und Besoldungsstatut, das Sie genehmigt haben. Auch fixiert ist, dass die Beschaffung von Stellen, bei denen es darum geht, bestehende Aufgaben weiterhin erfüllen zu können, also bestehende Aufgaben und nicht neue Aufgaben, in unserer Kompetenz liegt. Das steht in der Gemeindeordnung und nicht irgendwo in einem Gemeindegesetz oder in der Bundesverfassung. Also in der Gemeindeordnung, die Sie hier beraten und verabschiedet haben und anschliessend durch die Wädenswiler Stimmberechtigten vor noch nicht allzu langer Zeit abgenommen wurde. Dort drin steht, wenn für eine bestehende Aufgabe mehr Stellen nötig sind, liegt das in der Kompetenz des Stadtrats. Anders wäre es, wenn wir jetzt auf einmal etwas Neues machen wollen. Angenommen, wir wollen auf einmal ein Kino betreiben, ich sage jetzt einfach irgendetwas, aber auf diese Idee könnte ja irgendjemand kommen. Macht aber bitte jetzt keinen Vorstoss. Also angenommen, die Stadt will etwas Neues machen, nicht etwas Bestehendes, sondern etwas Neues, dann können wir das nicht alleine. Aber wenn es einfach mehr zu tun gibt, liegt es in unserer Verantwortung zu schauen, dass unsere Leute nicht überlastet sind und deshalb die zusätzlichen Stellen benötigt werden.

Warum aber braucht das Präsidiale eine zusätzliche Stelle und nicht 1.8 Stellen, wie es im Bericht steht? Wir haben eine anspruchsvolle Personalsituation mit dem Fachkräftemangel. Personalentwicklung, Personalführung und Personalrekrutierung wird immer aufwendiger.

Es stimmt, das wurde richtig gesagt, wir konnten den Personaldienst ausbauen. Trotzdem ist die Belastung gross und der Aufwand steigt weiter an. Weiter haben wir im Präsidualen viele Projekte im Bereich Digitalisierung, auch auf Ihren Wunsch. So haben wir im Moment eine Interpellation betreffend Digitalisierung der Verwaltung und ein Postulat betreffend Notfall- und Kommunikationskonzept bei Cyberangriffen zu bearbeiten. Sie wünschen, dass wir ins Digitale investieren und fordern es auch. Wenn Sie etwas fordern, müssen Sie davon ausgehen, dass das einen Aufwand generiert, sonst dürfen Sie es nicht fordern. Also das ist ein Merksatz. Ein Vorstoss gibt Aufwand. Das darf man sich auch merken. Sie wünschen die Digitalisierung, wir wollen sie auch, das muss ich auch sagen, aber auch dort läuft immer mehr. Weiter haben wir auch einen gewissen Aufwand im juristischen Bereich. Wir haben juristische Verfahren und Projekte, die wir in Angriff nehmen müssen und wollen. Zum Beispiel das Erstellen einer systematischen Gesetzessammlung. Sie ist gemäss kantonalem Gemeindegesetz Pflicht. Auch das muss bald jemand machen und dafür haben wir keine Ressourcen. Dann brauchen wir jemanden, der sich den Aufgaben der Arbeitsplatzsicherheit annimmt, ernsthafter als bisher. Das sind alles Themen, die dazu führten, dass der Stadtrat gesagt hat, wir brauchen die zusätzliche Stelle. Nicht erwähnt habe ich die temporären Sachen. Die Bewältigung der Covid-Krise ist im Präsidualen zusammengelaufen. In die Bewältigung der Energiemangellage, bei der wir auch eine Task Force eingesetzt haben, sind wir natürlich involviert wie auch in die Bewältigung der Administrativuntersuchung Frohmatt. Bei all diesen Sachen, und auch bei allem, was vorher lief, leistete bzw. leistet das Präsidiäle auch immer einen grossen Beitrag. Sie sehen, das Präsidiäle ist auch so etwas wie der Krisenmanager. Wir begründen die Stelle nicht wegen der Krise. Wir erwarten in Zukunft keine Krise. Irgendwann hört das wieder auf. Aber für das muss auch irgendwo noch ein wenig Platz und Kraft da sein.

Darum geschätzte Anwesende, das Formelle hin oder her, ich ersuche Sie dringend, geben Sie uns die zusätzliche Stelle. Es ist eine von 3.4 und das ist nicht der Haufen auf 250 Vollzeiteinheiten.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Ich danke Philipp für seine Erklärungen. Wir standen auch in der GRPK vor all diesem und ich sage es offen, ich bin einer von denen, der der Minderheit angehört, und zwar aus folgendem Grund: Uns, also die Minderheit, dünkt es, dass es sich der Antragsteller wieder einmal einfach macht. Ohne nach den spezifischen Ursachen der geforderten Pensenerhöhungen zu fragen, wird einfach gestrichen. Wir haben jetzt von Philipp Kutter sehr wohl gehört, was die Gründe dazu sind. Das hätte man auch vorher erfahren können. Es ist wichtig, dass wir diskutieren und genau hinschauen, was für Aufgaben tatsächlich nötig sind, das ist klar. Aber einfach nur Kosten zu senken ohne gleichzeitig auch Ressourcen für die Behebung von strukturellen Defiziten, Digitalisierung oder abteilungsübergreifenden Reorganisationen zu diskutieren und falls nötig zu sprechen, ist nicht zielführend. Wir belasten die Abteilung damit noch zusätzlich, und zwar mit bekannten Folgen wie Abnahme der Arbeitseffizienz, Abnahme der Arbeitsplatzqualität mit Folgen von vermehrten Stellenwechseln oder inneren Kündigungen der Arbeitnehmer. Dass dabei viel Know-how verloren geht, scheint mir persönlich klar. In dem Sinn finde ich den Antrag absolut nicht zielführend.

Thomas Koch, FDP: Ich möchte dem Stadtpräsidenten entgegen, dass wir jetzt eigentlich wieder das Gleiche wie vor zwei Jahren haben, nämlich das Thema gebundene Kosten. Also notwendige Ausgaben, bei denen wir als Gemeinderäte nicht mehr die Kompetenz haben, darüber zu entscheiden. Genau diese Position nimmt jetzt der Stadtrat und auch der Stadtpräsident ein. Er sagt, so habe ich es verstanden, die konkrete Stelle sei unabkömmlich für die gesetzlich erforderlichen Verwaltungsaufgaben. Ohne die zusätzliche Stelle könnte die Stadt ihre Aufgaben angeblich nicht mehr erfüllen. Die Stelle sei notwendig, sagt der Stadtrat. Die Notwendigkeit ist genau auch das Kriterium des Art. 27 der Gemeindeordnung, den du lieber Philipp wahrscheinlich zitiert hast und die der Stadtrat in seiner Stellungnahme auf Seite 2 auch zitierte. Aber nur wenn der Stadtrat belegen kann, dass die zusätzliche Stelle wirklich zwingend notwendig ist, es also gar nicht anders geht, um die Verwaltungstätigkeit aufrecht zu erhalten, nur dann darf er die Kosten für diese Stelle von sich aus ausgeben. Nur dann hat der Gemeinderat keine Kompetenz darüber zu entscheiden, ob er das Geld für die neue Stelle sprechen will oder nicht. Die Mehrheit der GRPK und auch die einstimmige FDP-Fraktion ist aber der Meinung, dass es durchaus im Ermessen des Gemeinderats liegt, ob er Geld für diese neue Stelle sprechen will oder nicht. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen des Stadtrats, die Aufgaben mit den heutigen Stellenprozenten zu bewältigen, beispielsweise durch Effizienzsteigerung, durch eine adäquate Anpassung der bestehenden Stellen, durch konsequentere Delegationen an unterstellte Funktionsträger, durch Überdenken der Arbeiten und Straffung der Arbeitsorganisation und durch die Konzentration auf das Wesentliche. Wir sind der Meinung, dass zuerst das angepackt werden muss und wir erst dann über zusätzliche Stellen reden. Genau diese Überprüfung ist uns auch mit der neuen Finanzstrategie in Aussicht gestellt worden. Dort wird gesagt, dass alles auf die Effizienz überprüft wird, was wir von der FDP sehr unterstützen. Jetzt die Finanzstrategie zu torpedieren und neue Stellen mit hohen Kosten zu schaffen, bevor die notwendigen Anpassungen, allenfalls auch personeller Natur, gemacht worden sind, ist unseres Erachtens falsch.

Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den Kürzungsantrag der Mehrheit der GRPK.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ohne dass ich lang werde, möchte ich einfach noch darauf hinweisen, dass die Informationen, die ich wiedergegeben habe, der GRPK zur Verfügung standen, das vielleicht auch als Ergänzung zu dem, was Urs Hauser gesagt hat. Ich habe nichts Neues erfunden. Im Rahmen der Abteilungsprüfung habe ich die Argumente auch auf schriftlichem Weg der GRPK zukommen lassen. Weiter bin ich tatsächlich auch gefragt worden, wie Thomas Koch es auch gesagt hat, man könnte die Aufgaben jemandem geben, der im Moment nur halb beschäftigt ist und nicht weiss, was er machen soll oder so in dieser Art und Weise. Es tut mir leid, wir haben niemanden gefunden. Man muss auch sehen, dass diese Aufgaben an ein gewisses Profil geknüpft sind. Darum ist es nicht so einfach. Wir sind nicht so ein grosser Betrieb, auch wenn man manchmal das Gefühl hat. Darum muss ich leider mitteilen, es ist nicht möglich, mit dem bestehenden Personal die zusätzliche Arbeitslast zu bewältigen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:17 zu.

Antrag der GRPK

Konto 0150.3320.90, Allgemeine Verwaltung/Planmässige Abschreibungen übrige immaterielle Anlagen VV

*Die einstimmige GRPK beantragt:
Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 40'000 gekürzt werden.*

*Alt: CHF 74'000
Neu: CHF 34'000*

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Ich kann das ganz kurz machen. Es ist einfach eine technische Korrektur, ein Fehler, den wir im Budgetprozess festgestellt haben. Es war ein falsches Aktivierungsdatum drin. Sobald dieses korrigiert wurde, konnte man sehen, dass der Abschreibungsposten um CHF 40'000 gekürzt werden kann. Die Korrektur wird von der GRPK einstimmig unterstützt und wird auch von Stadtrat und Verwaltung nicht bestritten.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag der GRPK

Konto 0154.4612.00, Zivilstandswesen/Entschädigungen von Gemeinden und Zweckverbänden

*Die einstimmige GRPK beantragt:
Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um 12'000 erhöht.*

*Alt: CHF 108'000
Neu: CHF 120'000*

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Auch da handelt es sich um einen kleinen Error, den wir im Verlauf des Budgetprozesses festgestellt haben. Die Aufwendungen fürs 2023 sind

zwar angepasst worden, aber der Ertrag, den wir von Richterswil buchen (da die Infrastruktur mit uns geteilt wird) wurde nicht angepasst. Auch dieser Antrag ist von der GRPK einstimmig und die Abteilung sowie der Stadtrat unterstützen ihn ebenfalls.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Finanzen und Immobilien (S. 76 bis 85)

Globalbudget Finanzen: Immobilien (S. 28 bis 30)

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Am 9. November 2022 besuchten Angelo Minutella und ich die Abteilung Finanzen und konnten die Fragen der GRPK diskutieren und klären. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang für die konstruktive Zusammenarbeit bei Stadtrat Christoph Wolfer, Abteilungsleiter Stefan Müller und Frank Seboldt, Leiter der Dienststelle Immobilien.

Die wichtigsten Eckdaten zu den Finanzen können Sie alle aus dem Bericht der GRPK entnehmen. Die Stadt rechnet wiederum mit einem höheren Nettosteuerertrag. Gegenüber dem Budgetposten 2022 sind das satte CHF 11 Mio. Das sieht besser aus als es allerdings ist. Ein grosser Teil des Mehrertrags macht gegenüber 2022 der mehr als doppelt so hohe Ressourcenausgleich aus. Das sind immerhin CHF 4.9 Millionen mehr. Bemerkenswert ist der mit 7 % immer noch tiefe Anteil von juristischen Personen am Steueraufkommen.

Zur Dienststelle Immobilien. Wenn man nur die Zahlen anschaut, passiert bei den Immobilien nichts Aufregendes. Im Finanzvermögen ändert sich wenig, ebenso im Verwaltungsvermögen. Höhere Energie- und Unterhaltskosten sind die Ursache für den erwarteten Aufwandüberschuss von CHF 0.4 Mio. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass einiges im Argen liegt. Der Dienststelle Immobilien fehlt im Moment noch eine klare Strategie. Obwohl seit Jahren versprochen, ist auch die ausgearbeitete Immobilienstrategie noch nicht öffentlich. Es ist nur mit hoher manueller Arbeit möglich Kennzahlen zu liefern. Das bekommen auch die städtischen Abteilungen zu spüren, wenn sie Erklärungen für ihre Transferzahlungen, die sie leisten müssen, einfordern, das oft mit wenig Erfolg. Erst seit kurzem wird mit Campos, einer webbasierten Plattform zur Erfassung der relevanten Immobiliendaten, gearbeitet. Für die Erfassung dieser Daten muss nach Aussage der Dienststelle mit Jahren gerechnet werden. Auch in der Bewirtschaftung der Liegenschaften ist mit ImmoTop eine neue Software im Einsatz. Auch die muss zuerst gefüttert werden. Der neue Leiter Immobilien hat an verschiedenen Fronten zu kämpfen und die Dienststelle Immobilien ist momentan in einer Phase, in der es absolut nicht richtig ist, wenn wir sie unter einen übermässigen Druck stellen und von ihr Sachen, vor allem auch Kennzahlen, fordern, die mit dem Personal, das zur Verfügung steht, nicht erbracht werden können.

Antrag der GRPK

Konto 0209.3010.99, Zentrale Budgetpositionen/Personalaufwand

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 240'000 gekürzt.

Alt: CHF 1'700'000

Neu: CHF 1'460'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Der Anstieg des gesamten Personalaufwands für die Stadt im Budget 2023 gegenüber dem Budget 2022 beträgt 9.4 %. Wir haben die Zahl schon einmal gehört. Auf den ersten Blick ist es schon eine sehr erschreckende Zahl. Man muss aber sagen, dass es wahrscheinlich zum Vergleich mit der Rechnung dann ein weniger grosser Anstieg sein wird. Aber 9.4 % von Budget zu Budget finden wir schon einmal extrem hoch. Davon sind 3.5 % für einen vollständigen Teuerungsausgleich, obwohl in den letzten 10 Jahren mehrere Jahre eine Negativteuerung bestand, die aber nie zu einer Lohnkorrektur führte. Zusätzlich beantragt die Stadt 0.6 % für individuelle Gehaltserhöhungen, dies neben einer weiteren Ausweitung des Personalaufwandbudgets um 5.3 % für die Schaffung neuer Stellen. Eine Ausweitung des Personalaufwands um 9.4 % erachten wir als schlicht nicht nachhaltig, auch wenn es mit dem Ansturm von Flüchtlingen aus der Ukraine sicher gute Gründe für einen gewissen Anstieg gibt. Gemäss geltendem Personal- und Besoldungsstatut der Stadt Wädenswil, Art. 40, gelten die für das Staatspersonal anwendbaren Beschlüsse über generelle Teuerungszulagen, Realloohnerhöhungen oder Lohnreduktion auch für das Personal der Stadt Wädenswil. An der Höhe des Teuerungsausgleichs, das ist ein vollständiger Inflationsausgleich der Teuerung gemäss den statistischen Zahlen per 30. September 2022, 12 Monate zurückgeschaut, von 3.5 % lässt sich somit kaum rütteln, auch wenn in der Privatwirtschaft aufgrund der Art des inflationären Schocks, nämlich eines externen Energieschocks, ein deutlich geringerer Teuerungsausgleich gewährt werden wird. Da reden wir im Moment in Umfragen von rund 2.2 % bis 2.33 %, also etwa 1.2 % bis 1.3 % weniger als dem Staatspersonal und damit auch dem Stadtpersonal von Wädenswil gewährt wird.

Im Gegensatz zur Aussage des Stadtrats in seiner Antwort auf den Bericht der GRPK zum Budget 2023, ist im Artikel 41 des gleichen Reglements aber auch klar festgehalten, dass über individuelle Lohnerhöhungen der Stadtrat entscheidet und zwar, was der Stadtrat in seiner Antwort verschweigt, unter Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt. Wir dürfen darum nicht einfach den Vorgaben des Kantons sklavisch folgen, sondern müssen auch der Finanzlage unserer Stadt zwingend Berücksichtigung geben. Wir erachten darum eine auf individueller Basis ausgerichtete Reallohnkomponente von insgesamt 0.6 %, zusätzlich zum vollständigen Teuerungsausgleich von 3.5 %, als überrissen und auch nicht als nachhaltig. Wir finden die Position individuelle Lohnsteigerung zwar wichtig für den Leistungsanreiz der Mitarbeiter. Wenn aber beim gleichen Mitarbeiterbestand schon eine Lohnsteigerung von 3.5 % beschlossen ist, dann ist eine weitere individuelle Komponente von 0.6 % nicht angebracht, insbesondere wenn die meisten Steuerzahler selber voraussichtlich mit gut 2 % auskommen müssen.

Wir beantragen darum eine Kürzung dieser individuellen Lohnanstiegskomponente von 0.6 % der Lohnsumme auf 0.2 %, was rund CHF 240'000 entspricht. Wir machen das über die zentrale Personalaufwandposition.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Dieser Kürzungsantrag ist aus unserer Sicht klar abzulehnen. Wie vorher bereits gesagt wurde, liegen die individuellen Lohnerhöhungen inkl. Festlegung des prozentualen Rahmens im Aufgabenbereich des Stadtrats. Auch die Ergänzungen, die Beat Lüthi vorher machte, hat der Stadtrat zu beurteilen unter Berücksichtigung aller Elemente, die da sind, und die auch wichtig sind, wenn das beschlossen wird. Wie beispielsweise auch die Frage, ob es wichtig und nötig ist, wertvolle Mitarbeitende der Stadt zu behalten, indem man ihnen einen Lohnreiz gibt. Da der Stadtrat nicht zur Kürzung der individuellen Lohnerhöhungen verpflichtet werden kann, müssen sonst irgendwo Stellenprozente eingespart werden mit entsprechend negativen Folgen. Der Ruf als Arbeitgeber leidet noch mehr. Unsere Stadtverwaltung ist auf "kununu", der Arbeitgeberbewertungsplattform, im Vergleich zu den öffentlichen Verwaltungen der Zürichseegemeinden, schon jetzt unterdurchschnittlich bewertet. Auch wenn Beat Lüthi das auch angesprochen hat, staune ich trotzdem, dass die rechte Ratshälfte auf das urliberale Instrument der Leistungsentlohnung einfach so verzichten möchte.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Danke für diesen Antrag und die Begründung. Es ist klar, wenn von Budget zu Budget verglichen wird, dann ist das Wachstum des Personalaufwands wirklich stattlich. Aber man sollte nicht nur von Budget zu Budget schauen, sondern auch von Hochrechnung zu Budget. Dort ist das Wachstum wesentlich geringer. Wir werden in der Hochrechnung einen höheren Personalaufwand haben als noch im Budget 2022 oder man kann auch sagen in der Hochrechnung weisen wir einen höheren Personalaufwand aus als im Budget und das wird man dann in der Rechnung sehen. Darum sind die zitierten 9.36 % nicht die Realität. So ist es nicht. Wir haben bereits im laufenden Jahr einen höheren Personalaufwand. Dieser wird aber durch höhere Einnahmen abgedeckt.

Jetzt zur Teuerung. Der Kanton Zürich gibt 3.5 %. Wir übernehmen das. Ich kann Ihnen sagen, ich habe daran auch nicht so wahnsinnig den Plausch gehabt. Vor allem, weil ich weiss, dass das Bundespersonal nur 2.5 % erhält. Ich habe dann den Finanzdirektor, der in der Nähe wohnt, gefragt, warum die Zürcher Kantonsangestellten 3.5 % und die Mitarbeitenden von Ueli Maurer nur 2.5 % erhalten. Der Grund ist der unterschiedliche Betrachtungszeitraum. Im Kanton Zürich wird die Teuerung immer von September bis September gerechnet. Offensichtlich hat es von September bis September eine Teuerung von 3.5 % gegeben. Ich habe das nicht nachgerechnet, aber vielleicht wäre das etwas für euch. Der Kanton hat das übernommen und gibt das dem Personal. Der Bund hat eine andere Periodizität. Er schaut einen anderen Zeitraum an und ist auf eine andere Teuerung gekommen. Was heisst das? Wenn jetzt im Kanton Zürich in einem Jahr die Teuerung etwas höher ist als jetzt zum Beispiel beim Bund oder einer anderen öffentlichen Körperschaft, dann wird sie im kommenden Jahr tiefer sein. Das gleicht sich aus wie alles, das periodisch ist. Jetzt haben wir für einmal eine etwas höhere Teuerung, das nächste Mal vielleicht eine etwas Überdurchschnittliche und dann vielleicht eine etwas Unterdurchschnittliche. Darum denke ich, muss uns das jetzt nicht gerade nervös machen.

Was mich aber nervös macht ist, wenn man das zum Anlass nimmt und uns den Spielraum nimmt um die guten Mitarbeitenden zu fördern. Wenn wir neue Leute einstellen müssen, wir haben das ganz am Anfang der Sitzung anhand des Leiters Schulverwaltung durchgespielt, ist das wahnsinnig schwierig, vor allem wenn es um verantwortungsvolle ausgesuchte Positionen geht. Dann muss es doch möglich sein, dass ihr uns den Spielraum gebt, dass wir die Leute, die wir haben, die gut sind und die wir fördern wollen, damit wir auf der Lohnseite etwas machen können. Leistung muss sich lohnen oder? Der Spruch ist nicht von mir, er kommt aber irgendwo von hier. Die individuellen Lohnerhöhungen folgen genau diesem Prinzip. Wenn ihr hier jetzt sagt, wir geben keine individuellen Lohnerhöhungen, dann setzen wir wirklich ein falsches Signal.

Also ich fasse zusammen: Ich finde auch, die Teuerung ist relativ hoch. Sie wird aber in den kommenden Jahren korrigiert. Bitte vermischt das nicht mit den individuellen Lohnerhöhungen. Gebt uns den Spielraum. Der Stellenmarkt ist ausgetrocknet. Wir müssen alle guten Leute halten und mit den individuellen Lohnerhöhungen können wir etwas dazu beitragen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:17 zu.

Antrag der GRPK

Konto 0200.3130.00, Buchhaltung/externe Dienstleistungen

Die einstimmige GRPK beantragt:

Die Ausgaben CHF 50'000 auf dem oben genannten Konto sollen erhöht werden.

Alt: CHF 120'000

Neu: CHF 170'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Ich wiederhole das Zahlengerüst nicht noch einmal. Aber mich dünkt, es sind immer die gleichen Kritikphasen, die wir hier hören, wenn ich die Zahlen einmal erwähne, ähnlich wie bei der Kostenanalyse der Schule.

Phase 1: Die präsentierten Zahlen werden als falsch dargestellt.

Phase 2: Man kann die Zahlen nicht vergleichen. Sie sind für jedermann abrufbar unter statistik.zh.ch. Das ist im Moment die einzige Vergleichsbasis, die wir im Moment haben, wenn man innerhalb des Kantons einen Vergleich über HRM2 machen will.

Phase 3: Versuche Transparenz zu verhindern mit dem Argument, eine Analyse kostet und bindet Personalressourcen.

Phase 4: Soweit sind wir dann vielleicht einmal. Widerwillig gibt man dann eine externe Analyse in Auftrag.

Ich schlage vor, wir machen diesmal eine Abkürzung und beauftragen gleich eine externe Analyse zu den Personalkosten. Sie hilft übrigens auch bei der Kennzahldefinition. Wir brauchen um diese heilige Kuh, die Personalkosten, keinen Bogen zu machen. Wir sind den Steuerzahlern zu Transparenz und Nachvollziehbarkeit verpflichtet.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Die Budgetposition ist unnötig, weil wir sie bereits drin haben. Es ist eine Leistungsprüfung angedacht. Unsere externen Partner sind ausgewählt und müssen durch den Stadtrat noch bestätigt werden. Anfangs Jahr soll sie starten.

Das Zweite ist, es bringt wenig, Personalkosten als Gesamtes anzuschauen, weil, wie es schon mehrmals gesagt worden ist und es Angelo nicht glauben will, es keinen Sinn macht, Altersheimangestellte, Lehrer, Beamte und andere Dienstleistungen, zum Beispiel Kehrrecht laden, quer durcheinander anzuschauen, was jetzt da die Personalkosten sind. Was aber Sinn macht ist der Gesamtkostenvergleich über die einzelnen Leistungen und über die einzelnen Aufgaben, die eine Stadt hat und diese Transparenz werden wir bringen. Das macht absolut Sinn und das ist das, welches wir in der Finanzstrategie definiert haben und jetzt auch umsetzen. Die Informationen werden selbstverständlich transparent auch dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt, damit wir eine gemeinsame Basis haben und nicht mehr die Aprikosen-/Melonenvergleiche machen müssen, die uns wirklich nicht weiterbringen.

Darum empfehle ich den Antrag abzulehnen. Wenn ihr ihn doch bestätigt, bringt uns das nicht um, weil wir wie gesagt auf dem Weg sind. Was wir aber nicht Vorhaben ist, die Personalkosten speziell zu prüfen, weil wir dann eine Matrix machen. Auf der einen Seite schauen wird die Aufgaben an, in jeder Aufgabe sind auch die Personalkosten enthalten, und auf der anderen Seite schauen wir die Artengliederung, die einzelnen Personalkosten als Gesamtes an. Was wir dort daraus lesen wollen ist mir völlig unklar und das wäre dann für mich eigentlich eine unnütze Ausgabe, die man einsparen könnte. Aber die Grundsätze Anschauen und Transparenz haben, dafür habt ihr meine volle Unterstützung.

Mona Fahmy, SP: Wir reden heute von Sparen und es kommen sehr viele Sparanträge durch. Wenn es jetzt einen gibt, bei dem man wirklich sparen kann, dann ist es dieser hier. Wir haben es von Stadtrat Christof Wolfer gehört, es findet bereits eine Überprüfung statt.

Ich, die aus dem Prüf-Business komme, für CHF 50'000 bekommt ihr keine gescheite Prüfung. Es ist eine Alibiübung, die man sich sparen kann. Wenn jetzt die Prüfung, die der Stadtrat selber macht, nichts Gescheites ergibt, könnt ihr das nächste Jahr immer noch darüber diskutieren, aber dann bitte auch mit einem Betrag, der eine ordentliche und genaue Prüfung ermöglicht, sonst ist es einfach hinausgeworfenes Geld. Also ich bin auch sehr dafür, dass man diesen Antrag ablehnt.

Ernst Grand, FDP: Ja, wir sind uns selten so einig wie jetzt in dieser Position, vom Stadtrat über die Linke bis zu uns. Wir von den Bürgerlichen sind für eine umsichtige und seriöse Finanzplanung. Der Fraktion ist es sehr wichtig, verantwortungsvoll mit fremdem Geld umzugehen. Genau darum geht es im Moment. Der Stadtrat braucht das Geld gar nicht. Er sagt

ja, er brauche das Geld nicht und es wäre widersinnig, ihm das Geld nachzuwerfen, Wenn wir wirklich schon immer ein Auge auf die Finanzen haben, dann müssen wir nicht noch Geld dort ausgeben, wo er es sowieso nicht will. Also wir sind der Meinung, dass der Budgetposten, also der Antrag, wirklich abgelehnt werden kann.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag der GRPK

022 FLAG-Ziele: Aufgaben und FLAG-Ziele über alle Leistungsgruppen

Die einstimmige GRPK beantragt folgendes FLAG-Ziel und Aufgabe zu ergänzen

Aufgabe: Immobilienstrategie

Massnahme: Erstellen der Strategie eines weiteren Teilportfolios (z. B. Verwaltungsimmobilien) im Rahmen der Immobilienstrategie bis Ende Q3 2023.

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Ich nehme Stellung zu allen Aufgaben und zu den FLAG-Zielen.

Wenn Sie die FLAG-Aufgaben und Massnahmen der Immobilien durchlesen, hört sich alles gut und recht an. Aber die Zielerfüllung ist nicht messbar. Wir sind seit Jahren im Blindflug und können unsere GRPK-Aufgabe kaum richtig wahrnehmen.

Jetzt müssen Sie sich einmal das verwaltete Vermögen vorstellen. Wir haben ungefähr CHF 80 Mio. im Finanzvermögen und CHF 120 Mio. im Verwaltungsvermögen. Die Unterteilung der Finanzen kann für das Budget und die Rechnung keine einzige wichtige Kennzahl für das Geschäft liefern. Gemäss Aussagen der Immobilien könnten die Kennzahlen ermittelt werden, aber nur mit einem unverhältnismässig hohen manuellen Aufwand. Wir wissen zum Beispiel die einfachsten Kennzahlen nicht, wie viele gemeindeeigene Grundstücke es gibt oder wie viele Objekte im Portfolio sind. Geschweige denn eine Kennzahl liefern, die zum Beispiel eine Rendite auf dem Finanzvermögen ausweist. Auf Nachfrage, was zum Beispiel Immobilienkosten auf einer Schulliegenschaft treiben, erhält die Schule keine nachvollziehbare Antwort. So kann die Schule natürlich auch nicht die Kosten beeinflussen. Das ist ein erheblicher organisatorischer Mangel, der die GRPK jetzt angehen will. Lassen Sie mich das noch einmal ganz deutlich betonen. Wenn wir einen Nährboden für Missbrauch wollen, dann brauchen wir genau solche prosageschriebenen Aufgaben und Massnahmen, die wir nicht überprüfen und nicht messbar machen können.

Das ist ein Zustand, der seit Jahren anhält und das betrachte ich persönlich als kollektives Versagen der GRPK, des Gemeinderats, des Stadtrats und der Aufbauorganisation. Wenn Sie mehr transparent wollen, empfehle ich die Annahme dieser Aufgaben und dieser FLAG-Ziele. Sonst bleiben wir weiterhin im Blindflug. Auch wenn die FLAG-Ziele jetzt noch keine

Zielgrösse haben, so ist es eine Voraussetzung dafür, um die Zielgrösse überhaupt definieren zu können und das braucht eine längere Aufarbeitung. Das ist nicht mit den neuen FLAG-Zielen, die wir jetzt definiert haben, gemacht. Wir haben bereits schon einen Termin anfangs Februar vereinbart, an dem wir am Blindspot arbeiten können.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Es ist effektiv so, dass bei den Liegenschaften noch nicht alles so ist, wie es sollte, dem kann ich nur beipflichten. Die FLAG-Ziele sind teilweise zwar gute Ziele, aber nicht wirklich messbar. Ziele, mindestens ein Teil davon, sollten klar messbar sein. Da haben wir ein Defizit, da bin ich mit Angelo einig.

Was nicht stimmt ist, dass wir nicht sagen können was für ein Schulhaus verrechnet wird. Wir haben ja Kosten und nicht Miete für die Schulhäuser. Das ist klar transparent. Diese bestehen aus Abschreibungen, Unterhalt, Investitionen usw. Das ist von der Abteilung Schule explizit nachgefragt worden und wurde ihnen auch so präsentiert, auch im Rahmen auf das Budget 2023 hin. Also diese Informationen sind vorhanden. Was nicht vorhanden ist, ist ein Vergleich der Kosten von einzelnen Schulhäusern. Man kann ein abgeschriebenes Schulhaus nicht mit einem neu gebauten Schulhaus vergleichen. Wir verrechnen die Kosten nur weiter und machen in dem Sinn keine Kostenrechnung, bei denen wir Mieten verrechnen. Das muss man klar auseinanderhalten.

Was aber richtig ist, dass in unserer Immobilienabteilung einiges im Umbruch ist. Da sind wir in verschiedensten Bereichen am Aufarbeiten, am Digitalisieren. Es ist bereits erwähnt worden, wir sind weit weg von einem Idealzustand, aber wir sind auf einem guten Weg. Die Verwaltungssoftware wird auf das nächste Jahr aktualisiert. Vor allem die Daten, die fehlen, werden nacherfasst. Es sind grosse Verluste, die fehlen, nicht zuletzt auch aus der Fusion der Gemeinden. Es fehlen gewisse Unterlagen und Informationen in der elektronischen Ablage. Das muss alles nacherfasst werden. Das findet jetzt statt.

Das zweite ist, wir haben keinen Überblick über unsere Flächen, also nicht Flächen der Grundstücke, sondern Flächen der Immobilien. Wir haben jetzt damit angefangen, sämtliche Immobilien, sämtliche Flächen, das heisst jedes Zimmer, jeden Gang usw. elektronisch, digital zu erfassen, damit wir nachher die Flächen Händeln können um zum Beispiel den Unterhalt zu planen usw. Das sind ganz wichtige Massnahmen. Das sind Massnahmen, die ergriffen worden sind, die sehr viel Aufwand bedeuten und die jetzt abgearbeitet werden. Es ist ganz klar, dass wir im Moment nicht in der Lage sind, aus diesen Tools heraus, die wir jetzt am Füttern sind, schon Ergebnisse herauszuziehen. Das heisst, wir müssen die effektiv manuell erarbeiten. Darum haben wir mit der GRPK diskutiert, dass wir ausnahmsweise nicht die FLAG-Ziele im Sinn von langfristigen Zielen, sondern auch kurzfristigen Ziele hineinnehmen, die klar messbar sind, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Hier machen wir einmal eine Ausnahme im Sinn einer Übergangslösung, damit wir nachher miteinander klare Kennzahlen definieren können.

Was ich im Prozess nicht verstehe ist, dass die Liste, die als Kennzahlen betitelt ist, aber bei der es sich eigentlich um irgendwelche Flächenangaben handelt, im Moment nicht gemacht werden kann und jetzt trotzdem als GRPK-Antrag kommt. Warum wird mit mir diskutiert, was eine mögliche Lösung des Problems wäre und nachher kommt die ganze Liste gleich wie-

der? Das ist nicht ganz der Prozess, wie ich ihn mir vorstelle, sodass wir wirklich weiterkommen. Sondern wir decken uns gegenseitig mit Arbeit ein, die uns am Schluss nicht weiterbringt bzw. die uns vor allem im Moment nicht weiterbringt.

In dem Sinn beantrage ich Ihnen und bitte Sie, die Aufgabe "Erheben zusätzlicher Kennzahlen" mit diesen Tabellen von Grundstück insgesamt usw. im Moment zu streichen, da die Zahlen uns am Schluss nicht wirklich weiterbringen, auch wenn sie vorhanden wären. Zweitens können wir diese Zahlen im Moment nicht digital erheben. Drittens haben wir auch die Ressourcen nicht, um diese manuell zu erheben. So habe ich es auch mit der GRPK abgesprochen und ich bitte Sie, dem Antrag so zu folgen, wie er auch ursprünglich abgemacht worden ist, dass wir ausnahmsweise kurzfristige Ziele festlegen, die man auch messen kann, nämlich die Digitalisierung Fläche, die Digitalisierung Bewirtschaftung, die Erarbeitung von Führungskennzahlen, die wirklich aussagekräftig sind und wir hier miteinander weiterarbeiten. Das ist meine klare Absicht und ich habe klare Vorstellungen wie es weitergehen soll und ich glaube, da finden wir den Weg. Aber nicht indem wir Tabellen mit Zahlen erarbeiten, die am Schluss nichts bringen.

Daniel Willi, SP: Ich bedanke mich für die Ausführungen, die sind mir so nicht bekannt gewesen. Ich habe eigentlich dem Antrag zustimmen wollen, aber du hast mich überzeugen können, dass das im Moment so keinen Sinn macht.

Ich möchte trotzdem noch zu einer anderen Abteilung zu einem ähnlichen Thema etwas sagen, und zwar zu Planen und Bauen. Da haben wir FLAG-Ziele, die meiner Meinung nach nicht wirklich brauchbar sind. Das FLAG-Ziel im Strassenwesen lautet "keine Unfälle infolge schlecht unterhaltenen Anlagen". Das ist für mich kein geeignetes Ziel. Ähnlich wie bei den Immobilien bin ich der Meinung, dass man bei den Infrastrukturanlagen, die einen Wert von mehreren CHF 100 Mio. haben, ansetzen muss. Es geht um Strassen, Kanalisations- und Werkleitungen, Kunstbauten wie Brücken, Stützmauern usw. Es muss eine Anlagebuchhaltung und eine Zustandserfassung gemacht werden, damit daraus die Altersentwertung und eine entsprechende Finanzplanung abgeleitet werden kann. Dort meine ich, müsste man auch die FLAG-Ziele so formulieren oder die Kennzahlen so erheben, dass man auch entsprechend richtig budgetieren kann.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Antrag der GRPK

022 FLAG-Ziele

Die einstimmige GRPK beantragt folgendes FLAG-Ziel und Aufgabe zu ergänzen

Aufgabe: Führungskennzahlen Immobilien

Massnahme: Definition von relevanten Kennzahlen zusammen mit der GRPK, die jährlich gemessen werden.

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

022 FLAG-Ziele

Die einstimmige GRPK beantragt folgendes FLAG-Ziel und Aufgabe zu ergänzen

Aufgabe: Digitalisierung Flächen

Massnahme: Erfassung von 10 % aller Gebäudeflächen in «Campos» Software bis Ende Q4 2023.

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

022 FLAG-Ziele

Die einstimmige GRPK beantragt folgendes FLAG-Ziel und Aufgabe zu ergänzen

Aufgabe: Digitalisierung Bewirtschaftung

Massnahme: Inbetriebnahme, Erfassung und Abrechnung 95 % der vermietbaren Objekte im neuen Release der "ImmoTop" Software bis Ende Q4 2023.

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

022 FLAG-Ziele: Aufgabe: Erhebung zusätzlicher Kennzahlen

Die einstimmige GRPK beantragt folgendes FLAG-Ziel und Aufgabe zu ergänzen

Kennzahlen VV:

Allgemein VV	Anzahl gemeindeeigene Grundstücke insgesamt	Ohne Zielgrösse
	Fläche gemeindeeigene Grundstücke insgesamt (GSF ¹ in m ²)	Ohne Zielgrösse
	Anzahl gemeindeeigene Gebäude insgesamt (Basis GVL-Policen)	Ohne Zielgrösse
	Vermietbare Flächen (VMF ²) gemeindeeigene Gebäude ohne landw. und rein hist. Gebäude (VMF in m ²)	Ohne Zielgrösse
	Gebäudeversicherungswert GVL (Neuwert: Fr.)	Ohne Zielgrösse
	Buchwert per Ende Geschäftsjahr (Fr.)	Ohne Zielgrösse

¹⁾ Grundstückfläche (GSF)

²⁾ Vermietbare Flächen (VMF) = Nutzfläche inkl. interner Verkehrs- und Funktionsfläche

Kennzahl FV:

<i>Allgemein FV</i>	<i>Anzahl gemeindeeigene Grundstücke</i>	<i>Ohne Zielgrösse</i>
	<i>Anzahl gemeindeeigene Gebäude (Basis GVL-Policen)</i>	<i>Ohne Zielgrösse</i>
	<i>Flächen landwirtschaftliche Grundstücke (GSF¹ in m²)</i>	<i>Ohne Zielgrösse</i>
	<i>Anzahl landwirtschaftliche Pachtverträge</i>	<i>Ohne Zielgrösse</i>
	<i>Fläche Waldgrundstücke (GSF¹ in m²)</i>	<i>Ohne Zielgrösse</i>
	<i>Anzahl Wald-, Land und Seegrundstücke</i>	<i>Ohne Zielgrösse</i>

¹⁾ Grundstückfläche (GSF)

²⁾ Vermietbare Flächen (VMF) = Nutzfläche inkl. interner Verkehrs- und Funktionsfläche

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Also ich möchte kurz dazu sagen, dass wir vorhin über das FLAG-Ziel Erfassung von 10 % aller Gebäudeflächen und zur Digitalisierung der Flächen abgestimmt haben. Wie wollen wir als GRPK wissen, was 10 % von allen Flächen sind, wenn wir nicht einmal wissen, wie viele Flächen wir überhaupt haben? Darum ist es für mich zwingend, dass wir die Kennzahlen haben müssen, so wie es auch in anderen Gemeinden Standard ist. Bei anderen Gemeinden können wir die Kennzahlen aus dem Budget herausnehmen. Darum ist es zwingend, dass wir die Zahlen haben müssen.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr ist niemand gegen eine Doppelsitzung.)

**** 10 Minuten Pause ****

Planen und Bauen (Seite 86 bis 101)

Globalbudgets Planen und Bauen:

Amtliche Vermessung und Werkleitungen (S. 31);

Online-Stadtplan (S. 32);

Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten (S. 33);

Abwasseranlagen (S. 34/35);

Öffentlicher Verkehr (S. 36);

Öffentliche Grünanlagen (S. 37);

Friedhofbetrieb (S. 38)

Mitglied der GRPK, Ursula Gall, Die Mitte: Am 10. November waren Marco Kronauer und ich in der Abteilung Planen und Bauen. Wir bedanken uns bei Rita Newnam und Astrid Furrer. Alle unsere Fragen wurden beantwortet.

Der Nettoaufwand bei Planen und Bauen ist für das Jahr 2023 rund CHF 750'000 tiefer budgetiert als für dieses Jahr. Allerdings steigen Ertrag und Aufwand im gleichen Verhältnis ziemlich an. Was ist erwähnenswert? Was ist neu? Planen und Bauen bekommt ab 2023 einen Betrag aus dem kantonalen Strassenfonds von CHF 1.45 Mio. für die Instandhaltung der Gemeindestrassen. Rund die Hälfte dieses Betrags wird aber bereits für die prognostizierte Materialteuerung von fast 10 % wieder aufgebraucht. Neu werden die Aufgaben für Natur- und Landschaftsschutz bei Planen und Bauen geführt und nicht mehr in der Abteilung Gesellschaft. Das bedeutet zusätzliche Ausgaben von rund CHF 110'000. Im Konto Bewilligungen findet man eine Verdoppelung der planmässigen Abschreibungen von immateriellen Anlagen, also Software und so von rund CHF 200'000. Das ist wegen der schon gemachten Investitionen in der BZO-Revision. Allerdings wird mit Mehreinnahmen bei den Gebühren der Baupolizei gerechnet, so dass der Nettoaufwand etwa gleichbleiben sollte. Der Aufwand beim Globalkredit für die amtliche Vermessung steigt um CHF 120'000. Die Dienststelle Vermessung muss unter anderem Auflagen für das städtische GIS erfüllen, das heisst für das geografische Informationssystem von Zürich. Für das gibt es auch Geld vom Kanton. Allerdings liegt der Kostendeckungsgrad nur bei 75 %. Für die Vermessung ist eine befristete 80 %-Stelle budgetiert worden, weil es vor allem in Schönenberg aufwändige Vermessungen geben wird, weil dort die Siedlungsgewässer und Abwasserkanäle vor dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss gar nicht oder nur ungenügend im Katasterplan verzeichnet wurden.

Im Globalkredit des ÖV fällt auf, dass sich die planmässigen Abschreibungen für Strassen- und Verkehrswege auf CHF 120'000 verdoppeln. Das ist wegen der bereits gemachten Investitionen für den Ausbau zur Behindertentauglichkeit von Bushaltestellen. Die Beiträge an den ZVV sind mit CHF 2.8 Mio. immer noch recht hoch. Darum ist der Gemeindebeitrag pro Einwohner nächstes Jahr nur leicht tiefer budgetiert als dieses Jahr. Leider noch lange nicht so tief wie vor Corona. Der Wärmeverbund Rietliou budgetiert einen höheren Aufwand von rund CHF 60'000 gegenüber diesem Jahr, weil teilweise mit Strom geheizt wird und die Kosten dafür steigen. Die Benutzergebühren werden im Verlauf vom nächsten Jahr entsprechend angepasst.

Antrag der GRPK

Konto 0320, Amtliche Vermessung und Werkleitung (Globalkredit)

*Eine Mehrheit der GRPK beantragt:
Der Nettoaufwand wird um CHF 75'000 reduziert.*

*Alt: CHF 196'047
Neu: CHF 121'047*

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Wie bei anderen Abteilungen wird auch bei der Abteilung Planen und Bauen eine zusätzliche 80 %-Stelle geschaffen, wie es Ursi erwähnt hat. Bereits mit dem Budget 2022 ist der Personalaufwand in der amtlichen Vermessung gestiegen. Leider kann der Ertrag nicht mit den steigenden Aufwänden mithalten, obwohl die Arbeiten weiterverrechnet werden, das heisst, der Kostendeckungsgrad sinkt. Da wie bereits im Antrag erwähnt in einem Globalkredit nicht die zusätzliche Stelle separat diskutiert werden kann, gilt nun der Antrag dem gesamten Globalkredit.

Zur Antwort des Stadtrats. Das FLAG-Ziel heisst "Wirtschaftlicher Betrieb der amtlichen Vermessung" und liegt bei 75 %. Für eine Mehrheit der GRPK ist das zu wenig, darum beantragen wir eine Erhöhung des Kostendeckungsgrads auf mindestens 80 %, so wie es in der Rechnung 2021 und in den Vorjahren gewesen ist. Schlussendlich kommt das meiner Ansicht nach auf das Gleiche, ob der Antrag rein finanziell oder ein FLAG-Ziel ist. Wir können das gerne an der nächsten Budgetdiskussion wieder einbringen.

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Wir kommen nicht darum herum, hier auch noch einen Stellenvergleich zu machen mit unserer Nachbargemeinde, die gerne beigezogen wird. In Wädenswil haben wir aktuell 370 Stellenprozent in der Vermessung und einen Lernenden. Die Gemeinde Horgen hat eine vergleichsweise gleich grosse Fläche wie Wädenswil und hat doppelt so viel Personalressourcen zur Verfügung, inklusive zwei Lernende.

Ursula hat es gesagt, seit dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss gibt es ein paar Nachholaufgaben zu machen. Das kann man erledigen, wenn man genug Leute hat. Sie sehen auch, dass damals in der Vermessung bewusst noch keine Stellenerhöhung gemacht worden ist, weil man gesagt hat, zuerst einmal zusammenschliessen und schauen. Man hat nicht gewusst, ob es wirklich Mehrarbeit gibt usw. Man hat abwarten wollen wie sich das entwickelt. Jetzt sieht man einfach, es braucht doch mehr Ressourcen und wenn man den Vergleich mit Horgen sieht, ist es auch nicht ganz so abwegig. Wir reden von Digitalisierung und da ist es einfach so, dass das GIS ein sehr gutes Hilfsmittel ist, um ganz viele Bedürfnisse der Stadt abzudecken, indem man Sachen digitalisieren könnte. Etwas Banales, das vorher im Zusammenhang mit den Immobilien erwähnt worden ist, nämlich Anzahl städtische Grundstücke, was für Flächen das sind usw. Wenn man jemanden hätte, der das einpflegen würde, dann könnte man auf Knopfdruck die Zahlen einfach ausspucken lassen und das gilt für ganz viele andere Sachen auch. Es gibt Sachen, die Planer und Architekten brauchen können, damit sie genau sehen, wo die Baulinien und Strassenabstandslinien sind, wo die Werkleitungen und elektrische Leitungen verlaufen, wo es WLAN-Antennen hat usw. Wenn

das digitalisiert wäre, dann wäre das eine Erleichterung für externe Leute, aber auch für städtische Dienststellen selber. Das sind alles Dienstleistungen, die zu 100 % weiterverrechnet werden können. Darum irritiert mich die Aussage, dass zu wenig Ertrag generiert wird, wie es im GRPK-Antrag steht. Vielleicht werden da einfach zwei Sachen irgendwie miteinander vermischt. Es ist so, der Kostendeckungsgrad ist nicht befriedigend, wobei wir innerhalb der FLAG-Ziele sind, das will ich schon noch gerne sagen, was grösser als 75 % ist. Ich habe erläutert, dass wir 100 % nicht hinbekommen, weil wir Dienstleistungen für den Kanton erbringen müssen. Dann kostet etwas zum Beispiel CHF 20'000 und wir bekommen nur CHF 3'000 als kleine Subvention. Also 100 % sind nie möglich. Wir können aber tatsächlich die Baugebühren noch etwas anpassen, sodass wir einen besseren Kostendeckungsgrad hinkriegen. Das wollen wir nächstes Jahr in Angriff nehmen. Das ist jetzt da im Budget noch nicht eingeflossen, aber die Arbeit ist schon geplant.

Bezüglich FLAG-Zielen können wir gerne darüber reden um sie anzupassen. Auch wir sind daran interessiert. Schliesslich sollen es vernünftige Ziele sein, die auch dem Stadtrat helfen, ein Controlling zu machen usw. Wir sind selbstverständlich gerne bereit. Die GRPK weiss sicher auch, dass sie Vorschläge bringen kann um FLAG-Ziele zu ändern oder neue machen. Das hat man zum Teil auch gemacht. Wir machen uns da sehr gerne auch Gedanken.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 21:13 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Werke (S. 101 bis 115)

Globalbudgets Werke:

Gas- und Wärmeversorgung (S. 39 bis 41)

Wasserversorgung (S. 42/43)

Entsorgung und Recycling (S. 44/45)

Tankstelle (S. 46)

Energie und Umwelt (S 47/48)

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Ursula Gall und ich machten am 4. November zusammen mit Jonas Erni und Rolf Baumbach die Fragerunde. Herzlichen Dank für das offene und konstruktive Gespräch.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten für das nächste Jahr ist der Transformationsprozess vom Gasversorger zu einem umfassenden Dienstleister für Wärme- inkl. Kälteversorgung.

Zwei drei Stichworte zur Gasversorgung: Wir haben es bereits dieses Jahr gemerkt, es sind extrem stark steigende und volatile Gaspreise. Diese führen zu einem komplexen und riskanten Beschaffungsprozess. Die Werke müssen für die nächsten 3 bis 12 Monate einkaufen und da ist es durchaus möglich, dass zu teuer einkauft wird und die Preise dann sinken.

Das kann durchaus passieren und letztendlich bleiben sie auf diesen Kosten sitzen. Im aktuellen Jahr sind mehrere Tarifierpassungen notwendig gewesen und die höheren Einkaufspreise können nur verzögert an die Kunden weiterverrechnet werden. Was noch viel wichtiger ist, ist eigentlich die Energiezukunft. Die hängt von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Das Ziel der Investitionen, die Anstehen und hier budgetiert worden sind, ist nicht nur die Wärmeversorgung durch Holzschnitzelanlagen und Seewasserwärmegewinnung sicherzustellen, sondern wir sind jetzt in der Phase die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten auszuloten. Die Investitionen im bestehenden Gasnetz sind tief, aber die zukünftige Wärmeverbünde erfordern sehr hohe Investitionen, eine geeignete Standortauswahl und natürlich auch eine geeignete Partnerauswahl.

Kurz zur Wasserversorgung: Das Schöneberger Leitungsnetz macht weiterhin und sicher noch ein paar Jahre Kopfzerbrechen, aber ebenso das Wädenswiler Druckgussleitungsnetz. Es hätte 80 Jahre halten sollen und nun müssen wir es leider schon nach 40 Jahren austauschen, weil sie nicht das Versprechen eingelöst haben. Das ist weiterhin ein grosser Erneuerungsbedarf auch für das nächste und übernächste Jahr. Das führt mittelfristig zu einer Tarifierpassung von plus 30 bis 40 Rappen pro Kubikmeter Wasser.

Entsorgung Recycling: Das stark diversifizierte Geschäft ist komplex margenschwach. Darum ist mittelfristig auch hier eine Gebührenerhöhung geplant. Aus den Medien konnte man erfahren, dass der Fünfliber, die Nutzungsgebühr ab 1. Januar 2023, eingeführt wird. Dies ist in der Gebührenordnung festgelegt und das bestimmt der Zweckverband zusammen mit Horgen und Adliswil. Da haben wir indirekt etwas zu sagen, aber direkt können wir da nichts dazu sagen. Dann ist ein Kehrriechtswagen, ein elektrischer Lastwagen, beantragt. Da kommt eine Weisung auf uns zu. Die Ersatzinvestition beträgt CHF 600'000 bis CHF 700'000. Der Kauf lohnt sich wegen den bedeutend tieferen Betriebskosten, obwohl die Investitionskosten hier doppelt so hoch sind, als bei einem normalen Abfallwagen.

Gesellschaft (S. 115 bis 135)

Globalbudgets Gesellschaft

Stadtpolizei (S. 49/50)

Bäder (S. 51/52)

Soziokultur (S. 53 bis 55)

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Am Mittwoch, 9. November besuchten Beat Lüthi und ich die Abteilung Gesellschaft und die Fragen wurden durch Stadtrat Daniel Tanner und die neue Abteilungsleiterin Samira Bahrami kompetent beantwortet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals bedanken.

Im Vergleich zum Budget 2022 steigt der Aufwand um etwa CHF 2.4 Mio., weil unter anderem die Dienststelle Soziokultur und die Infostelle Betreuung und Pflege neu in die Gesellschaft eingegliedert worden sind.

Die Kostensteigerung setzt sich wie folgt zusammen: CHF 279'000 Integration Infostelle, CHF 1.3 Mio. Integration Soziokultur, CHF 500'000 Entwicklung für die Pflegefinanzierung,

CHF 320'000 zusätzliche Mitarbeiter für Bäder sowie Teuerung und kleinere Investitionen wie das Restaurant im Strandbad etc. Es ist eine Tatsache, dass sich bis in 20 Jahren die über 80-jährigen Personen in Wädenswil verdoppeln und damit die Gesundheitskosten stetig steigen. Weitere Details entnehmen Sie bitte aus dem Bericht. Was aus unserer Sicht ins Auge gestochen ist, ist einfach die stetige Kostensteigerung, was trotz der versprochenen Leistungsüberprüfung nicht so verständlich ist.

Antrag der GRPK

Konto 066, Bäder (Globalkredit)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Globalkredit auf dem oben genannten Konto wird um CHF 100'000 gekürzt.

Alt: CHF 1'549'536

Neu: CHF 1'449'536

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Die Mehrheit der GRPK ist der Meinung, dass zuerst die Leistungsüberprüfung des Stadtrats gemacht werden soll, bevor neue Leistungen erbracht werden. Der momentane Deckungsgrad von 49 % ist völlig ungenügend und unter der Zielsetzung von 60 %. Mit der beantragten Verbesserung entspricht der Deckungsgrad auch nur 55 %.

Stadtrat Gesellschaft Daniel Tanner: Hallenbäder sind in der Beliebtheit bei der Bevölkerung für sportliche Betätigung nach Wanderwegen, Bergbahnen und Skiliften an dritter Stelle der Sportinfrastrukturen und gehören somit zu den wichtigsten Angeboten in diesem Bereich. Die Stadt Wädenswil hat das erkannt, als sie das Hallenbad vor acht Jahren für CHF 1.1 Mio. saniert hat. Öffentliche Bäder sind gemäss NZZ-Artikel in der Regel maximal zu 50 % kostendeckend. Die Stadt Wädenswil befindet sich somit im oberen Mittelfeld. Obwohl für das 2023 eine Erhöhung der Eintrittspreise von 20 % geplant ist, wird sich das kaum positiv auf den Kostendeckungsgrad auswirken, weil mit einer Verdreifachung der Energiekosten für das 2023 gerechnet werden muss.

In den vergangenen Jahren sind chronisch massiv Überstunden angefallen, was arbeitsrechtlich nicht erlaubt ist. Mit den heute geltenden Öffnungszeiten wird die Begebenheit der Gesellschaft und dem Wunsch nach Flexibilität Rechnung getragen. Ein öffentliches Hallenbad ist immer zu einem grossen Stück Teil des Service Public und soll der breiten Bevölkerung mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Jeder Veranstaltungsort, so auch unser Hallenbad, kennt seinen eigenen Grenzwert. Von daher kann der Eintrittspreis nicht beliebig nach oben verschoben werden, weil sonst einfach die Gäste wegbleiben und unter dem Strich weniger in der Kasse bleibt als bei niedrigem Eintrittspreis. Eine Kürzung des Budgets hat eine Kürzung der Öffnungszeiten und somit einen Rückgang der Eintrittszahlen zur Folge. Wenn aber der Rückgang der Eintrittszahlen nicht gestoppt oder verlangsamt wird, wird sich der Kostendeckungsgrad trotz Erhöhung der Eintrittspreise für die

nächsten Jahre noch mehr verschlechtern, weil immer weniger Menschen das Angebot nutzen. Damit wäre die hohe Investition von über einer Million für den Umbau in den letzten Jahren vergeblich gewesen, weil die Bevölkerung die Dienstleistungen kaum mehr in Anspruch nimmt.

Ich appelliere darum an euren gesunden Menschenverstand und bitte, auf den GRPK-Antrag aus den genannten Gründen zu verzichten.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 19:16 Stimmen zu.

Antrag der GRPK

Konto 0681 Soziokultur (Globalkredit)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Globalkredit auf dem oben genannten Konto wird um CHF 100'000 gekürzt.

Alt: CHF 1'447'801

Neu: CHF 1'347'801

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Die Soziokultur steigert stetig ihre Kosten ohne angekündigte Leistungsüberprüfung, die der Gemeinderat und die GRPK seit Jahren verlangen. Die hohen Belastungen für das städtische Budget sollten stabilisiert werden und nicht weiter steigen.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Die Soziokultur hat Wirkung. Schon heute und das mit Auswirkungen für morgen und viele Jahre. Die Dienststelle Soziokultur macht Zukunftsarbeit auf verschiedenen Ebenen. Sie betreibt niederschwellige Arbeit und erreicht so Personen und Situationen, mit vergleichsweise wenig Aufwand. Die Wädenswiler Soziokultur ist ein Leuchtturmprojekt. An Schweizer Hochschulen wird auf die Wädenswiler Soziokultur als Vorbild für zukunftsweisende Arbeit im Bereich Gemeinschaftswesen hingewiesen. Wer langfristig denkt, lehnt den Antrag ab.

Stadtrat Gesellschaft Daniel Tanner: Die Kosten, die exklusiv für die Freizeitanlage aufgewendet worden sind, sind auf politischen Druck in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt worden. Trotzdem sind bis auf den Mittwochabend keine Öffnungszeiten reduziert worden. Die Ersparnisse sind alleine durch effizientere Abläufe, koordinierten Personaleinsatz und Mittelbeschaffung erzielt worden. Ein Teil der frei gewordenen Mittel sind für neue Bereiche eingesetzt worden. Von der Rechnung 2019 mit CHF 751'000 zur Rechnung 2021 mit CHF 418'000 hat in der Freizeitanlage eine Einsparung von CHF 333'000 stattgefunden. Die Einsparungen haben praktisch 1:1 zu Lasten der Soziokultur mit CHF 324'000 stattgefunden.

Hinsichtlich der Kritik der noch nicht erfolgten Leistungsüberprüfung möchte ich kurz auf den Wirkungsgrad der Soziokultur eingehen und das anhand der Fragestellung, welche Kosten entstehen, wenn nichts für Kinder, Jugendliche und Familien getan wird?

Kosten entstehen beim Kinderschutz. Die Anzahl der akuten Kindeswohlgefährdungen, die in Kinderkliniken registriert wurden, nimmt stetig zu. Die verhältnismässig teuren Kinderschutzmassnahmen können durch sinnvolle präventive Massnahmen verringert werden.

Kosten entstehen im Schulsystem und bei der beruflichen Eingliederung. In der Regel fallen Ergänzungsleistungen, Förderangebote und Sprachförderung in einem grossen Ausmass an, weil es nicht gelungen ist, den Kindern die Unterstützung bereits vor dem Eintritt in die Schule zu ermöglichen. Damit erhöhen sich die Kosten für die berufliche Eingliederung bei denen, die eine schwierige Schulkarriere haben oder keine Lehrstelle finden. Diese drohen dann von der Sozialhilfe abhängig zu werden. Solche Verläufe lassen sich zunehmend bei Jugendlichen beobachten.

Kosten entstehen durch reduzierte Einkommenssteuern. Diese jungen Erwachsenen üben dann Tätigkeiten aus, die häufig ihrem Potenzial nicht gerecht werden. Meistens in schlecht bezahlten Tätigkeiten mit geringer Einkommenssteuer, was sich im volkswirtschaftlichen Ertrag niederschlägt. Oder sie werden bereits früh von der Sozialhilfe abhängig.

Kosten entstehen im Strafrecht und bei der Sozialhilfe. Zahlreiche Studien zeigen, dass zum Beispiel Kinder aus sozial belasteten Familien, die gefördert wurden, deutlich weniger straffällig werden als jene Kinder, die nicht gefördert wurden. Der gleiche Zusammenhang lässt sich auch für die Sozialhilfekosten nachweisen.

Kosten entstehen im Gesundheitswesen. Es hat sich ebenfalls gezeigt, dass Kinder aus belasteten Familien im weiteren Lebensverlauf ein erhöhtes Risiko für Adipositas haben und deutlich häufiger unter gesundheitlichen Problemen leiden, als Kinder aus unbelasteten Familien.

Wo ist der Return on Invest? Der wissenschaftlichen Arbeit von Professor Dr. Martin Hafén, einem der tiefsten Kenner der Frühförderung in der Schweiz sowie weiteren internationalen Studien, ist Folgendes zu entnehmen: Universale Programme, das heisst Angebote, die allen Familien zur Verfügung stehen, weisen in der Regel einen ROI von 1:2 bis 1:4 auf. Das heisst für jeden investierten Franken kann das zwei- bis vierfache an Kosten eingespart werden im Vergleich, wenn Familien nicht von Angeboten profitieren können. Auf bestimmte Zielgruppen wie beispielsweise sozial belastete Familien ausgerichtete Angebote zeigen einen deutlich höheren ROI von 1:8. Das bedeutet, dass künftige Massnahmen reduziert werden können. Dies führt zu deutlichen Kosteneinsparungen in der Zukunft.

In diesem Kontext jetzt CHF 100'000 wegzustreichen macht schlichtweg keinen Sinn. Ich hoffe, ihr seht das auch so. Ich appelliere auch da an euren gesunden Menschenverstand und auf die vorgeschlagene Kürzung der GRPK zu verzichten.

Gabi Bachmann, EVP: Links und rechts von mir sagen sie zwar, du musst jetzt nicht auch noch etwas sagen, es wird immer später. Aber ich kann es einfach fast nicht glauben, weil das jetzt so ein Antrag ist, der klar zeigt, dass es nur darum geht, am Schluss Zusammenzählen können, so viel haben wir heute Abend gespart. Dani hat das wirklich schön aufgezeigt, dass es vielleicht eben gerade nicht wahr ist, wenn man etwas weiter schaut. Ich bin auch froh, dass du noch einmal gut erklärt hast, um was es geht, was es der Bevölkerung bringt, warum man die Soziokultur braucht, was sie macht. Ganz viele andere Leute haben das in den letzten ein bis zwei Jahren auch an vielen Orten immer wieder gut verständlich erklärt und dargelegt.

Lange war die Freizeitanlage der Prügelknabe und jetzt wird plötzlich die ganze Soziokultur in Frage gestellt. Das kann man so machen. Urs hat es auch schon gesagt, Wädenswil findet in dieser Beziehung Beachtung über die Stadtgrenze hinaus und von dort gibt es auch die Wertschätzung, die die Abteilung auch einmal braucht. Da im Gemeinderat will man nicht einmal glauben, dass ein rechter Teil dieser Mehrkosten von der IT-Anpassung kommt, die man eh machen muss. Das heisst eben, man schmälert dann eben die anderen Leistungen. Irgendwie verstehe ich das nicht. Es ist leider so, dass die Sozialkultur nicht so gut durch übergeordnete Gesetze geschützt ist, wie zum Beispiel die Schule. Oder man könnte es auch umgekehrt sagen, zum Glück ist die Schule noch geschützt, weil ich nicht weiss, was ihr dort noch alles sparen wollt. Die Soziokultur ist aber trotzdem nicht weniger wichtig für die ganze Wädenswiler Bevölkerung, gerade ausserhalb der Schule von ganz jung bis sehr betagt.

Wir sind überzeugt, dass es die Soziokultur braucht. Sie ist eine gute Sache. Wir sind ganz klar dagegen, dass man da noch mehr kürzt, weil ja bereits gespart worden ist.

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Also ich muss zum Statement von Gabi doch noch etwas sagen. Es geht nicht darum, dass wir die Soziokultur abschaffen wollen, sondern es geht darum, dass man CHF 100'000 kürzen soll und dann auf das gleiche Budget wie im 2022 kommt. Ganz einfach gesagt, ohne jetzt hier irgendwelche Zahlen hin und her zu schieben. Die Diskussion, die Raum stand ist, dass die Freizeitanlage ausgelagert wird und das sollte eigentlich Kosten einsparen. Von dem sehen wir hier nichts und dann werden noch CHF 100'000 mehr beantragt. Darum empfinden wir das als nicht richtig. Es geht nicht darum, die Soziokultur abzuschaffen.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Einfach ganz kurz. Wenn wir jetzt hier sparen, dann stoppen wir die Entwicklung der Soziokultur. So stoppen wir beispielsweise, dass die Soziokultur im Bereich der Frühförderung auch Schritte für die Stadt prüfen und beantragen kann. Es ist mir klar, das kostet etwas. Aber man weiss ganz klar auch, wenn Kinder im Alter zwischen zwei und dem Eintritt in den Kindergarten erfasst werden und entsprechend auch die Familien, die dazu gehören, dass man dann dort auf Dauer viermal so viel einsparen kann. Wenn wir aber einfach wollen, dass alles in unserer Rechnung, unserem Budget, das auf ein Jahr ausgerichtet ist, hängen bleibt, dann liegt es auf der Hand, dass wir sparen müssen wie es Gabi gesagt hat. Dann können wir sagen oh, super, wir haben es geschafft, wir haben fast CHF 1 Mio. zusammengebracht.

Ich höre immer wieder das Thema der Nachhaltigkeit, wie beispielsweise bei der zweiten und dritten Säule. Vor allem wenn die rechte Seite von der Jugend redet, was sie später alles zu tragen hat. Gopfridstutz nochmals, das sind auch gesellschaftliche Fragen, gesellschaftliche Themen, die ebenfalls unsere Jugend in späteren Jahren tragen muss und darum ist es meiner Meinung nach einfach nur kurzsichtig, wenn man jetzt bei der Soziokultur kürzt.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:17 Stimmen zu.

Primarschule (S. 135 bis 147)

Mitglied der GRPK, Nadia Schüpbach, FDP: Am Mittwoch, 9. November besuchten Judith Fürst und ich die Abteilung Primarschule. An dieser Stelle geht ein Dank an Pierre Rappazzo und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gute Gespräch und die Beantwortung von all unseren Fragen.

Bei der Primarschule wird immer ganz genau hingeschaut, da der Aufwand jedes Jahr ansteigt. Mit einem Nettoaufwand von CHF 42.4 Mio. bleibt die Primarschule um CHF 800'000 höher als im Budget 2022. Ich möchte gerne auf einige Bereiche der Primarschule kurz eingehen.

In der Schulverwaltung steigen die Kosten gegenüber dem Budget 2022 um CHF 100'000. Warum der Aufwand in der Schulverwaltung stetig steigt, ist immer noch unklar. Seit einigen Jahren herrscht in der Schulverwaltung Unruhe. Es kam immer wieder zu Kündigungen, Pensionierungen und Krankheitsausfällen. Der Arbeitsmarkt ist auch in diesem Bereich, wie wir vorher in der Fragestunde schon gehört haben, ausgetrocknet und darum müssen immer wieder Springer eingesetzt werden. Das alles führt zu keiner Kontinuität. Jedes Jahr steigen bei der Schule auch die Personalkosten. Die kommunalen Löhne, das heisst von DaZ, IF, Logopädie und Schulassistenten, sind gegenüber dem Budget 2022 um CHF 250'000 höher budgetiert.

Auch der Aufwand beim Schulpsychologischen Dienst steigt wiederum um CHF 30'000. Da bis jetzt jedes Jahr das SPD-Budget um CHF 30'000 überzogen worden ist, hat man dieses Mal die Kosten bereits hineingenommen. Mit der neuen Leiterin Sonderpädagogik, die den Auftrag hat, bis Ende dieses Schuljahrs endlich das sonderpädagogische Konzept, das von der GRPK seit einigen Jahren gefordert wird, zu überarbeiten, sind wir von der GRPK zuversichtlich, dass in Zukunft die Kosten und die Abläufe optimiert werden und die Sonderpädagogik transparenter wird.

Auch bei der Schulgänzenden Betreuung steigen die Kosten weiter an. Immer mehr Schülerinnen und Schüler besuchen die Betreuung. Da die Anzahl um 20 % gestiegen ist, hat

man auch mehr Personal einsetzen müssen. Die Kosten beim Personal steigen sprunghaft, da pro 12 Schülerinnen und Schüler eine Betreuungsperson eingestellt werden muss. Dabei zählen die Kindergartenkinder mit dem Faktor 1.5 und die Primarschülerinnen und -schüler mit dem Faktor 1. Da aber auch besser qualifiziertes Personal eingesetzt wird, sind die Löhne höher. Durch die neue Leitung Schulergänzende Betreuung soll der ganze Bereich besser strukturiert werden und Verbesserungsmaßnahmen sind in Planung. Zum Beispiel ist im Budget 2023 der Deckungsgrad bereits auf 68 % erhöht worden, da eine Tarifanalyse ergeben hat, dass Wädenswil im Vergleich zu den Nachbargemeinden noch Spielraum hat und tief liegt. In Planung ist auch ein besseres Arbeitszeitmodell, bei dem man eine effizientere Ausschöpfung der Personalressourcen erzielen will. Dann soll das Abrechnungssystem verbessert und angepasst werden.

Die Umstellung auf die Regenerierküche, also das Essen kalt anliefern lassen und selber erwärmen, hat Einsparungen beim Konto Mahlzeiten gebracht. Dafür ist natürlich der Aufwand beim Konto Lebensmittel gestiegen. Man ist aber zuversichtlich, dass die Umstellung Einsparungen mit sich bringen wird. Leider fehlt aber immer noch ein Gesamtkonzept betreffend Regenerierküche, welches die GRPK schon bei der Rechnung 2021 forderte.

Bei den Liegenschaften wird im Budget 2023 CHF 1 Mio. Mehraufwand als bei der Rechnung 2021 budgetiert, das aufgrund von verschiedenen internen Verrechnungen. Leider haben wir in dieser kurzen Zeit von den Immobilien nur Erläuterung zum Kostenanstieg gegenüber dem Budget 2022 bekommen. Die GRPK wird dem sicher nochmals nachgehen und eine Aufschlüsselung gegenüber der Rechnung 2021 verlangen.

Zum Schluss noch eine positive Meldung. Die Kosten bei den Transportbussen konnten von CHF 118'000 auf CHF 49'000 gesenkt werden. Mit der Anschaffung eines Elektrobusses mit 8 Plätzen, einem grossen Dieselbus, der erst anfangs Dezember angeliefert worden ist mit 27 Plätzen und einem Bus mit 19 Plätzen, hat die Schule jetzt genug Busse um praktisch alle Transporte selber durchführen zu können. Aber auch da gibt es ein kleines Aber. Es gibt definitiv noch Optimierungsbedarf. Die Busse zu managen ist sehr aufwendig und hat im Sommer bei der Einführung zu Chaos geführt.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Verbesserungsmaßnahmen, die die GRPK im Bericht und Antrag der Rechnung 2021 gefordert hat, teilweise erfüllt worden sind. Durch die Anschaffung der Busse konnten die Transportkosten gesenkt werden. Bei der Neubesetzung der Leitung Schulergänzenden Betreuung und Sonderpädagogik sind wir von der GRPK zuversichtlich, dass sich die beiden Bereiche in den nächsten Jahren positiv entwickeln werden. Noch immer warten wir aber auf das Konzept der Regenerierküche und hoffen, dass auf der Schulverwaltung langsam Ruhe einkehrt und wir somit erwarten können, dass sie die Personalkosten in den Griff bekommen.

Antrag der GRPK

Konto 10.0722.3020.00, Löhne der Lehrpersonen (kommunal)

*Eine Mehrheit der GRPK beantragt:
Kürzung um CHF 100'000*

Alt: CHF 3'792'120

Neu: CHF 3'692'120

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Die Ausgaben für die Schulasstistenzen sind in der Rechnung 2021 gegenüber dem Budget 2021 um CHF 300'000 höher ausgefallen als budgetiert. Gemäss Budget 2023 steigt der Bereich gegenüber der Rechnung 2021 noch einmal um CHF 200'000. Das heisst, das Budget für die Schulasstistenzen ist innerhalb von zwei Jahren um eine halbe Million Franken gestiegen. Die Schulasstistenzen gehören mittlerweile zur Schule genauso wie die Logopäden, Heilpädagogen und Lehrpersonen für Deutsch als Zweitsprache. Bevor immer mehr Ressourcen im sonderpädagogischen Bereich eingesetzt werden, muss analysiert und optimiert werden. Die GRPK fordert bereits seit einigen Jahren die Überarbeitung des sonderpädagogischen Konzepts. Das soll ab nächstem Schuljahr 2023/2024 zum Einsatz kommen.

Eine Mehrheit der GRPK hofft, dass das Konzept sinnvollere Abläufe beinhalten, die Kosten optimiert werden und mehr Transparenz schafft. Deshalb beantragt eine Mehrheit der GRPK eine Kürzung um CHF 100'000.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: In den letzten Jahren stand die Primarschule nicht immer zu Unrecht in der Kritik. Die GRPK bemängelte mehrmals die Ausgaben und forderte eine Analyse, die dann auch einige Schwachpunkte aufzeigte. Gleichzeitig bewegte sich aber auch die Primarschule und überarbeitete viele Abläufe. Auch die neu aufgestellte Schulpflege nimmt ihre Kompetenzen aus meiner Sicht sehr gut wahr und wird in der Schule auch als wichtiges Organ miteinbezogen. Es ist mitunter Aufgabe der Schulpflege, sich um den Schulbetrieb zu kümmern und Entscheidungen zu treffen, wenn es um organisatorische und personelle Sachen geht, so auch bei diesem Budgetposten. Die Schulpflege hat mit der Schulleitung und dem Stadtrat gemeinsam entschieden, dass personelle Ressourcen im kommenden Jahr nötig sind. Es geht um Klassenassistenten, Therapeuten wie Logopädie und Psychomotorik und um DaZ-Lehrpersonen. Beim DaZ ist es dringend nötig, genug Ressourcen zu haben, damit wir vor allem auch die ukrainischen Flüchtlingskinder so unterstützen können, damit sie unserem Stoff folgen können und später nicht wegen mangelnden Deutschkenntnissen zusätzliche Unterstützung brauchen. Mit diesem Antrag soll die Schule CHF 100'000 Lohnkosten einsparen. Beim DAZ ist das, wie vorgängig erklärt, unmöglich. Bei den Therapien wird es auch schwierig, also müsste es bei den Klassenassistenten oder bei der Begafö gestrichen werden. Weh macht es also im Schulzimmer, nämlich bei den sonst schon geforderten Lehrpersonen und dementsprechend auch bei den Kindern. Genau jetzt dort wieder den Geldhahn zu zu machen, ist einerseits sehr kurzfristig gedacht und andererseits auch ein Zeichen von gewissen Gemeinderäten, dass sie ihren eigenen Schulpflegerinnen und Schulpflegern, also uns allen, nicht zu trauen, die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit die Schule ihren Job machen kann. Einige Gemeinderäte nehmen sich

tatsächlich das Recht heraus, das Gefühl zu haben, sie könnten für die Schule und die Stadt bessere Entscheidungen treffen als die fachnähere Schulpflege.

Für die EVP/SP-Fraktion ist es klar, dass wir dem Antrag nicht folgen können. Wir vertrauen der Schulpflege und unterstützen ihren Entscheid.

Stadtrat Primarschule Pierre Rappazzo: Danke vielmals für das Ausharren. Ich werde ein paar Sachen zur Schule sagen und dass es sich gelohnt hat. Danke Nadia und Judith für den Besuch in der Primarschule Wädenswil. Gerne ergänze ich den schriftlichen Bericht und die mündlichen Ausführungen von Nadia.

Seit Anfang 2000 hat in der Volksschule eine Reform die andere gejagt, das aufgrund einer Pisa-Studie, bei der Schweizer Kinder nach der Schulzeit in den Kernkompetenzen Deutsch und Mathematik nicht gut abgeschnitten haben. Der Lehrplan 21, Inklusion und selbstorientiertes Lernen, sind unter anderem aus dieser Reform hervorgegangen. Das Blöde an der Sache ist, man hat nie eine Leistungsüberprüfung auf der tieferen Stufe durchgeführt. Das heisst, die Volksschulen haben eine Reform nach der anderen umgesetzt, ohne dass man vorher oder nachher eine Leistungsüberprüfung durchgeführt hätte. Ihr ahnt es, nach der Schulzeit schneiden die Schweizer Schüler beim Pisa-Test auch 20 Jahre später immer noch nicht besser ab. Ich weiss, es gibt ganz viele sehr sinnvolle Kompetenzen, die man mittlerweile auch lernt in der Schule. In dieser kurzen Zeit, in der ich jetzt schon Schulpräsident bin, habe ich einiges dazu lernen dürfen. Diejenigen, die es vielleicht noch nicht so sehen, dürfen gerne mit mir streiten, ausserhalb dieses Rats. Auch die Primarschule Wädenswil hat die Vorgaben des Bunds und des Kantons ernstgenommen und die Veränderungen mitgemacht. Die Vorgaben sind ins Schulprogramm eingeflossen und von der Schulpflege 2020 verabschiedet worden. Bitte merkt euch das, da ich nachher bei den Anträgen nochmals auf den Prozess zurückkomme.

Jetzt zum eigentlichen Budget 2023. Die Kosten für die Schulverwaltung sind, wie von der GRPK richtig analysiert, in den letzten Jahren stark gestiegen. Wenn die GRPK schreibt, sie erwarte die Umsetzung der Massnahmen aus der externen Kostenanalyse, dann muss ich darauf hinweisen, dass die Schulverwaltung nicht mir, der Schulpflege oder dem Stadtrat, sondern dem Präsidialen unterstellt ist. Auch die Primarschule Wädenswil wäre froh, wenn diese Abteilung gut funktionieren würde, weil sie uns sonst ganz viele Kosten an anderer Stelle verursacht. Ob die Organisationsstruktur so richtig und sinnvoll ist, wird in der nächsten Zeit sicher noch Thema werden.

Kommen wir zu den kommunalen Löhnen der Primarschule, also zum Konto 722.3020, dort wo die GRPK auch ihre Kürzung ansetzt. Es ist tatsächlich so, dass von der Rechnung 2021 und dem Budget 2022 sich das Konto 722.3020 um CHF 250'000 auf CHF 3.8 Mio. erhöht. Diese Erhöhung ist aber einer Umbuchung zwischen Kindergarten und Primarschule geschuldet. Schauen wir Kindergarten und Primarschule konsolidiert an, dann haben wir anstatt einer Erhöhung eine Senkung um CHF 300'000. Also habt ihr auch falsch gerechnet liebe Kollegen. Ich habe es euch ja eigentlich schon zwei-, dreimal gesagt, aber irgendwie ist das nicht angekommen. Bei den kommunalen Löhnen hat die PSW schon deutliche Verbesserungen vorgesehen. Wenn man auf die Hochrechnung 2022 schaut bzw. auf die Rechnung 2022, dann kann ich euch jetzt schon sagen, dass diese eindeutig deutlich höher

als die Rechnung 2021 ist. Das heisst also, wir haben auf dem Konto bereits grosse Verbesserungen vor. Mehr mag das nicht leiden. Diese Verbesserungen erfolgen noch nicht aufgrund eines neuen sonderpädagogischen Konzepts. Ich muss euch enttäuschen, das wird auch im Schuljahr 2023/2024 noch nicht der Fall sein. Aber wir oder der Leiter Bildung und die neue Leiterin Sonderpädagogik wollen ad hoc Effizienzsteigerungen durchführen. Wir sind also nicht mit konkreter Strategieplanung und Umsetzung unterwegs, so wie ich es eigentlich gerne hätte. Trotzdem sehe ich, dass erste Massnahmen greifen. Wir werden beispielsweise mehr Gelder für ISR-Fälle vom Kanton zurückbekommen. ISR, für die, die neu hier sind und die Kostenanalyse vielleicht auch noch nicht ganz präsent haben, heisst integrierte Sonderschulung in der Regelklasse und ist eine der Massnahmen, die die Volksschule umsetzen muss. Gemäss Kostenanalyse hat Wädenswil noch deutlich Verbesserungspotenzial. Bitte beachtet aber auch, dass wir vorsichtig umgehen müssen. Wir müssen zu unserem Personal Sorge tragen, sonst kostet uns das aufgrund höherer Fluktuationsrate und tieferer Qualität letztlich viel mehr, als man vermeintlich einspart. Die neue Leiterin Sonderpädagogik, die im August angefangen hat, braucht ihre Zeit, um die Situation zu analysieren und Massnahmen abzuleiten. Das heisst beispielsweise, bestehende ISR-Massnahmen laufen nach dem alten Konzept weiter und werden von ihr nur im Einzelfall übersteuert, natürlich zusammen mit den Schulleitungen. Neue ISR-Massnahmen werden hingegen von ihr analysiert und begleitet und zusammen mit den Stellen in der Schule überprüft und allenfalls angepasst. Also die Zitrone im Konto 3020 Löhne der Lehrpersonen für das Jahr 2023 ist ausgepresst. Bitte beachtet, dass eine Kürzung um CHF 100'000 de facto einer Kürzung von CHF 250'000 entspricht, da die neue Massnahme erst auf das neue Schuljahr umgesetzt werden kann. Das heisst, wir müssen in den Monaten September bis Dezember den Betrag für das ganze Jahr hineinholen. Nochmals CHF 100'000 entsprechen CHF 250'000. Wenn ihr also im Konto 3020, wie von der GRPK beantragt, eine weitere Kürzung beschliesst, dann gibt es eigentlich nur noch einen Ort, wo man auf seriös Weise etwas weglassen könnte, und zwar bei der Begafö. Wenn ihr auf diesem Konto die CHF 100'000 streicht, dann werdet ihr ja zur Abschaffung der Begafö in Wädenswil sagen. Falls ihr das beschliesst, müsst ihr einfach im Nachhinein nicht kommen und sagen, die Schulpflege oder ich hätten die Begafö in Wädenswil abgeschafft. Nein, das hat der Gemeinderat zu verantworten, einfach, dass ihr das wisst.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die Primarschule nach der Kostenanalyse aus dem Jahr 2021 mit den Hausaufgaben angefangen hat. Dazu gehört die Überprüfung der sonderpädagogischen Massnahmen, die Immobilienkosten, interne Verrechnungen und familienergänzende Betreuung. Erfreuliches kann ich von letzterem berichten. Die Massnahmen des neuen Gesamtleiters familienergänzenden Betreuung tragen erste Früchte. Der Nettoaufwand sinkt trotz einer Erhöhung der Kinderzahlen. Das ist doch sehr erfreulich. Nicht erfreulich hingegen ist die Entwicklung bei den Liegenschaften. Diese war schon ein Kostentreiber gemäss der Kostenanalyse und die Kosten steigen nochmals deutlich im 2023. Da müssen wir zusammen mit der Dienststelle Immobilien genau hinschauen, was die Gründe sind. Störend ist, dass wir nicht wissen, und da widerspreche ich dem Stadtratskollegen Christof Wolfer, was wo wie viel kostet. Wir benötigen dringend Kennzahlen für Unterhalt, Miete, Energie, und zwar pro Schulhaus, weil wir leiten die Schule pro Schulhaus beziehungsweise pro Schuleinheit. Aber auch andere interne Verrechnungen müssen wir in Zukunft genau anschauen und hinterfragen. Wo und warum welche Kosten anfallen. Das

sind Millionen, die da bezahlt werden und wir wissen nicht warum und darum können wir uns auch nicht verbessern.

Abschliessend kann ich sagen, das vorliegende Budget 2023 entspricht, von externen Ereignissen bereinigt, der Rechnung 2021 und ist deutlich besser als die Rechnung 2022 ausfallen wird. Das Budget 2023 wird darum eine grosse Herausforderung sein. Wir sind an den Hausaufgaben und ich hoffe, ihr honoriert das.

Ich komme zu den Anträgen. Die beantworte ich jetzt aber definitiv als Schulpflegepräsident und nicht mehr als Stadtrat. Somit kann ich mit dem Stadtrat etwas Schimpfen. Was mich an diesem Antrag ganz besonders stört ist, dass im blauen Buch die Kürzung sogar vom Stadtrat beantragt wird. Ein solcher Fehler darf nicht passieren. Da sieht man nämlich, dass der Stadtrat in einer Sitzung, an der ich krank war bzw. der zuständige Stadtrat krank war, etwas beschlossen hat und nachher wieder aufgehört hat. Ich habe wiederholt erklärt, dass das Budget der Primarschule mindestens so gut wie der Abschluss 2021 ist und deutlich besser als die Rechnung 2022 sein wird. Aber einmal mehr; es scheint keiner zuzuhören. Wie schon vorhin erklärt, plant die PSW beim Konto 722.3020 schon deutliche Verbesserungen. Mehr liegt dort einfach nicht drin, ohne dass man substanziell etwas weglässt. Darum sage ich nochmals, bei Annahme dieses Antrags wird die PSW die Begafö beenden müssen, weil die Kosten genau CHF 236'000 im Jahr entsprechen. Das sind genau die CHF 100'000, die wir in den letzten drei Monaten noch hineinholen können. Ich hoffe, ihr berücksichtigt das jetzt nochmals in euren Überlegungen. Die Schulpflege beantragt dieser Kürzung nicht zuzustimmen.

Joël Utiger, Die Mitte: Lieber Pierre, erlaube mir bitte diese Zwischen- oder Vorbemerkung. Ich glaube, du hast deinen Rollenwechsel sehr gut gemeistert. Dein Votum hat mich sehr gefreut. Aber in der letzten Legislatur tönnte es mehrheitlich sehr gegenteilig oder zumindest machte deine Fraktion mehrheitlich das Gegenteil von dem, was du jetzt gesagt hast.

Jetzt zu meinem eigentlichen Votum. Eine gute Bildung für Kinder und Jugendliche ist die Grundvoraussetzung, um später als erwachsene Person ein eigenständig und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Eine qualitativ gute Schule ermöglicht auch eine möglichst grosse Chancengerechtigkeit für alle zu ermöglichen. Damit wir als Stadt unseren Kindern und Jugendlichen eine gute Bildung zulassen können, sind wir auf gute Lehrpersonen angewiesen. Der branchenübergreifende Fachkräftemangel ist gerade im Bereich der Lehrpersonen sehr stark vorhanden. So stark, dass in diesem Jahr im Kanton über 500 sogenannte Laienlehrer angestellt werden mussten. Die Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen werden immer schwieriger, was den schon vorhandenen Mangel an Lehrpersonen noch verstärkt. Umso wichtiger finden wir von der Mitte-Fraktion, dass die Wädenswiler Lehrpersonen genügend Unterstützung zugesagt bekommen, um einerseits die Attraktivität in Wädenswil zu arbeiten steigern, aber vor allem auch eine gute Bildungsqualität gewährleisten können. Beispielsweise sind die Schulassistenten eine grosse Entlastung für die Lehrperson und essenziell.

Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion den Antrag der GRPK zur Kürzung dieser CHF 100'000 ab.

Patrick Höhener, Grüne: Ich will auch noch etwas sagen. Jetzt hatten wir ein paar Anträge mit immer dem genauen Betrag von CHF 100'000. Ich finde das extrem fantasielos. Es geht offensichtlich einfach darum, ein Statement zu machen, dass man irgendwo sagen kann, ja, wir haben geholfen zu sparen. Für mich ist es, wie es Gabi schon etwas gesagt hat, pure Symbolik. Nicht mehr, aber wahrscheinlich auch nicht weniger.

Wir haben es von Daniel Tanner gehört im Zusammenhang mit der Soziokultur, was vermeintlich gespartes Geld bringen kann, ROI 1:4, 1:2, was auch immer. Man vergisst bei solchen Sachen immer, dass man gar nicht alles mit Geld herausholen kann. Selbst wenn man jetzt Geld spart und ein Kind dann vielleicht einen Weg in eine Richtung macht, die eben nicht so gut ist, kann man das nicht einfach finanziell kompensieren, auch nicht mit dem vier- oder fünffachen des Aufwands. Gewisse Sachen sind dann einfach gelaufen. In Zeitungsberichten liest man immer wieder von Gemeinden, in denen problematische Quartiere entstehen und Sachen nicht so sind, wie man sich das wünscht. In grossen Städten im Ausland gibt es sowieso Probleme mit solchen Quartieren wie Banlieues usw. Soweit sind wir sicher nicht und müssen es auch nicht kommen lassen. Aber ich glaube, das sind alles super Hinweise, bei denen man sieht, wenn man einfach am falschen Ort spart und auf was es hinausläuft. Also das ist eigentlich das, das man genau nicht möchte.

Wenn man von Sonderpädagogik, Deutsch als Zweitsprache oder Klassenassistenzen reden, dann meine ich, dass dies Sachen sind, die wichtig sind. Das wissen wir eigentlich alle. CHF 100'000 sind einfach das Bein heben wie ein Hund, aber sie sind nichts wert. Die Kinder sind da und brauchen jetzt die entsprechenden Massnahmen. Man kann einem Kind nicht sagen, weisst du, wir sind erst daran und wir brauchen zuerst noch ein Konzept. Dieses Jahr wissen wir es noch nicht so genau und in einem Jahr wissen wir es dann vielleicht. Das Kind steht jetzt da und hat einen Bedarf und diesen Bedarf gilt es abzudecken. Ich bitte euch, das einfach zu berücksichtigen. Danke dir Pierre, dass du so geredet hast. Ich bin ein bisschen erstaunt, wie es die bürgerlichen Departemente nicht schaffen, ihre eigenen Leute hinter sich zu bringen. So gibt man Astrid das Geld für das GIS-System nicht, man gibt es auch nicht dem bürgerlichen Finanzvorstand. Dem bürgerlichen GLP-Schulpräsidenten will man es auch nicht geben. Ich finde das etwas irritierend, aber es ist eigentlich auch nicht total neu, wir haben das in den letzten Jahren erlebt. Aber ich finde es trotzdem etwas schade, dass ihr eure eigenen Leute nicht stützt und hinter ihnen steht.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt 17:17 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ratspräsident stimmte gegen den Antrag.

Damit ist der Antrag mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt (Art. 82 Abs. 2 Geschäftsverordnung Gemeinderat).

Soziales und Frohmatt (S. 150 bis 170)

Globalbudgets Soziales:

Soziale Dienste (S. 56/57);

Asyl- und Wohnbegleitung (S. 58/59);

Alterszentrum Frohmatt (S. 60 bis 62)

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Am 9. November besuchten Nadia Schüpbach und ich die Abteilung Soziales. Der Leiter der Abteilung Markus Morger und Stadträtin Claudia Bühlmann beantworteten die Fragen der GRPK zu unserer vollsten Zufriedenheit und gaben uns einen guten Einblick in die Abteilung und in ihre Planung für das Jahr 2023. Nochmal an dieser Stelle vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Die genauen Budgetzahlen können Sie gerne dem Bericht der GRPK entnehmen, wenn Sie das interessiert. Ich gehe heute Abend nicht mehr darauf ein. Falls Sie den Bericht schon gelesen haben, sehen Sie, dass die Abteilung wegen der noch immer anhaltenden Ukraine-Krise mit einem hohen Anstieg von Flüchtlingen mit Status S und F rechnet. Die Stadt stützt sich bei diesen Annahmen auf die Schätzung des Staatssekretariats für Migration. Somit werden vor allem in der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe die Ausgaben stark erhöht. Ein Teil der Ausgaben wird aber vom Kanton wieder zurückerstattet. Die Annahme einer Flüchtlingswelle hat auch Auswirkungen auf die Personalplanung. Der Stadtrat hat unter anderem aufgrund der Ukraine-Krise 4.8 Vollzeitstellen bewilligt. Im Moment ist uns die Flüchtlingswelle noch erspart geblieben, was beruhigend ist. Auch die Abteilung Soziales spürt den Fachkräftemangel und hat grosse Schwierigkeiten nur schon die natürlichen personellen Abgänge zu ersetzen. So müssen leider teure Springer eingesetzt werden bis fachlich kompetentes Personal gefunden und eingestellt werden kann. Auch bei der Kinderkrippe steigt der Aufwand. Momentan ist die Anfrage in Wädenswil grösser als Betreuungsplätze vorhanden sind. Die Stadt hat dem Rechnung getragen und bereits zwei neuen Krippen eine Bewilligung erteilt. Mit den beiden neuen Krippen steigt natürlich auch die Anzahl subventionierter Krippenplätze, die die Stadt mitfinanziert.

Kommen wir zur Frohmatt. Auch beim Alterszentrum Frohmatt wurden am 9. November alle unsere Fragen von der Geschäftsleiterin Monika Pirovino-Zürcher und ihrem Team beantwortet. Trotz den immer grösseren Problemen, alle Betten besetzen zu können, steckt sich das Alterszentrum Frohmatt ein hohes Ziel und passt die Bettenauslastung auf 98 % an und kommt auf den budgetierten Ertrag von CHF 23.5 Mio. In der Gastronomie wird mit weniger Erträgen gerechnet, weil das öffentliche Restaurant Frohmi seit Corona weniger besucht wird. In Zukunft will man das Angebot anpassen und dann das Frohmi wieder etwas mehr bewerben, damit auch dort künftig mehr Erträge erwirtschaftet werden können. Die höher budgetierten Aufwände sind auch da auf die Personalkosten zurückzuführen. Gleich wie in den anderen Abteilungen leidet auch der Gesundheitsbereich und somit die Frohmatt unter dem Fachkräftemangel, der sich in den Lohnforderungen auswirkt. Mangels Personal müssen vermehrt temporäre Mitarbeitende eingesetzt werden.

Stadträtin Soziales Claudia Bühlmann: Danke für den Besuch und den Austausch. Ich habe nicht zu sagen.

Investitionsrechnung (271 bis 289) und ordentliche Abschreibungen (S. 317/318)

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Die Investitionsrechnung wird seitenweise durchgegangen. Falls das Wort gewünscht wird, bitte Hand erheben.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr gibt es keine Bemerkungen.)

Antrag der Fraktion Die Mitte

Seite 285: Sport, 10.0671.5030.461, Sanierung Trainingsplatz Beichlen

Die Fraktion Die Mitte beantragt:

Die Investition von CHF 300'000 auf dem oben genannten Konto ist um CHF 350'000 auf den Betrag von CHF 650'000 zu erhöhen

Alt: CHF 300'000

Neu: CHF 650'000

Begründung des Antrags

Martin Bislin, Die Mitte: Aufgrund dieser Betragserhöhung ist es uns bewusst, dass es eine Krediterhöhung respektive Bewilligung braucht und wie auch schon im Gemeinderat erwähnt wurde, eine Weisung notwendig ist. Das führt leider wiederum zu Verzögerungen bis mit der Sanierung angefangen werden kann. Somit führt das zu massiven Einschränkungen im wöchentlichen Trainingsbetrieb und auch an den Spielen am Wochenende.

Zur Erinnerung und zum Grund des Antrags. Bereits im 2018 diskutierte man schon einmal über einen Kredit und beantragte diesen für den Finanz- und Entwicklungsplan für das Jahr 2019. Mir ist bewusst, dass es dort nicht um den Trainingsplatz ging, sondern um den Kunstrasen. Auch dort sagte man, dass es eine Weisung brauche. Glücklicherweise und weil der FC diesbezüglich auch eine gewisse Kostensensibilisierung hat und lösungsorientiert mitarbeitet, hatte man dann letztendlich das Glück des Tüchtigen und konnte den YB-Kunstrasen übernehmen. Dazumal hatte man eine Kosteneinsparung von CHF 160'000. Die Gesamtkosten für den Kunstrasen betragen dann CHF 220'000. Das Thema aber geht weiter wie wir es heute Abend schon im Bereich Soziokultur diskutierten. Auch der FC mit seinen 500 Kindern leistet einen grossen Beitrag, damit die Kinder an einer schlaun Freizeitbeschäftigung nachgehen. In meinem Antrag formulierte ich zusätzlich noch Diverses.

Ich bitte euch, heute Abend diesem Antrag zuzustimmen, damit die Rasensanierung zeitnah angegangen werden kann.

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Auch die bürgerlichen Parteien und insbesondere die FDP setzt sich dafür ein, dass die Vereine im Rahmen des Möglichen unterstützt werden.

Seit der Festsetzung des Budgets 2023 ist die Stadt aber zu neuen Erkenntnissen gelangt, was die Sanierung des betreffenden Trainingsplatzes Beichlen angeht. Die CHF 300'000,

die im Budget sind, sind darum wahrscheinlich nutzlos. Ich glaube das ist im Rat unbestritten. Die CHF 300'000 würden nur eine halbbatzige Sanierung bringen, die dann nicht lange hält.

Nichtsdestotrotz unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der Mitte nicht, hier einfach über die Erhöhung der Budgetposition auf CHF 650'000 auf dem Wege eines Shortcuts, quasi durch die Hintertür, die kostspielige Erneuerung des Platzes durchzudrücken. Der Stadtrat hat, wie wir vor einem Jahr schon gefordert haben, jetzt eine Weisung angekündigt, die das Gesamtthema objektiv angeht und dann auch in die politische Debatte trägt, zumal für die Sanierung möglicherweise auch Varianten denkbar sind und so auch die Wünsche und allenfalls eine Eigenleistung des FCW adäquat berücksichtigt werden können.

Wir wollen den vom Stadtrat eingeschlagenen Weg unterstützen und lehnen darum den Antrag der Mitte zur Erhöhung dieser Budgetposition ab.

Stadtrat Gesellschaft Daniel Tanner: Von Seiten des Stadtrats ist das Bedürfnis durchwegs anerkannt und vor einem Jahr ist das bereits einmal budgetiert worden. Dort ist es dann aber nicht zum Erfolg gekommen. Ich denke, mit dem vorgeschlagenen Weg der Weisung, der bereits erwähnt worden ist, können wir den erfolgversprechendsten Weg erreichen. Ich möchte noch betonen, dass sich die Frage, ob es gebunden oder nicht gebunden ist, sich mit einer Annahme dieses Antrags nicht klärt. Wir müssten die Frage stadtratsintern oder juristisch klären. Somit sind wir wahrscheinlich am besten bedient, wenn wir den Weg mit der Weisung nehmen, also mit dem Antrag, und uns so dem Ziel annähern. Das ist im Moment die Position des Stadtrats.

Mona Fahmy, SP: Ich will mich hier kurzfassen. Ich habe ja schon vor einiger Zeit einmal ein Votum für die Sanierung des Rasens gemacht, das nicht gehört worden ist. Wir reden jetzt wieder darüber.

Dani, ich habe dich auch gehört mit dieser Weisung. Egal wie die Entscheidung heute Abend ausgeht, ich bitte alle hier drin sehr eindringlich, dass man so schnell wie möglich etwas dafür macht, dass der Rasen auch saniert wird. Als Mutter von zwei fussballbegeisterten Kindern kann ich nicht genug betonen, was das für Auswirkungen auch auf die Gesundheit der Kinder hat. Ich sehe das auch an Kindern, die solche sportlichen Möglichkeiten nicht so haben, vor allem nach Corona. Man liest auch überall wie die Psychiatrien zum Teil überfordert sind. Ich kenne Kinder im näheren Umfeld, die davon betroffen sind. Man kann nicht genug betonen, wie wichtig solche sportlichen Möglichkeiten sind, ob es nun Fussball oder sonst irgendetwas ist. Ich bitte wirklich alle Anwesenden hier in diesem Saal, setzt euch dafür ein, dass Kinder und Jugendliche Sport machen können, und zwar so, dass sie ihn auch wirklich ausüben können. Fussball ist jetzt nun einmal ein beliebter Sport.

Patrick Höhener, Grüne: Nur ganz kurz auch von meiner Seite nochmals. Bereits vor einem Jahr hat Mona ganz viel erzählt, wir haben es heute nochmals gehört. Mein Sohn spielt auch Fussball und ich erlebe dort Soziokultur in Reinform. Ich weiss nicht wie viele Nationen in diesem Team spielen. Trainings mussten abgesagt werden, da es zu viel Wasser hatte. Früher oder später müssen wir den Rasen sowieso sanieren. Also ich finde es irgendwie ein Armutszeugnis. Am Schluss müssen die Kosten bezahlt werden, also warum macht man es

nicht einfach? So wie ich es vom Preis her in Erinnerung habe, ist es das letzte Mal noch etwas weniger gewesen. Ich habe das Gefühl, es wird immer noch etwas teurer. Es ist wie es ist.

Monika Tanner Imfeld: Ich habe einfach nur eine Frage. Gibt es irgendeinen Zeithorizont für eine solche Weisung?

Stadtrat Gesellschaft Daniel Tanner: Ich fühle mich angesprochen, der Antrag ist in Vorbereitung. Wir haben von Seiten Immobilien zwei Offerten bekommen, wo das geprüft worden ist und darum hat man jetzt auch genauere Hinweise auf die Kosten. Der Antrag wird entweder dieses Jahr noch oder ganz anfangs Jahr in den Stadtrat kommen. Daraus wird dann eine Weisung formuliert, die dann an den Gemeinderat überwiesen wird. Ich möchte den Appell entgegennehmen, einerseits seitens der Gesellschaft aber auch weitergeben, das Geschäft dann entsprechend wohlwollend zu behandeln. Die Realisierung wird voraussichtlich wahrscheinlich im nächsten Herbst stattfinden. Vorher ist es von den Fristen her wahrscheinlich nicht möglich.

Daniel Willi, SP: Ich glaube niemand von den Anwesenden bestreitet die Bedeutung des Fussballclubs und auch die Notwendigkeit, dass der Platz saniert werden muss. Mir scheinen als Bauingenieur auch die Kosten gerechtfertigt. Ich frage mich, wie viele hier im Raum auch, warum man nicht korrekt budgetiert hat? Letztes Jahr sind CHF 600'000 im Budget gewesen und zur Diskussion gestanden. Warum sind jetzt CHF 300'000 im Budget aufgenommen worden?

Mich freut es, dass die Mitte jetzt die Bedeutung erkannt und den Kostenaufwand akzeptiert hat. Das ist nämlich das letzte Jahr nicht der Fall gewesen. Ich will nochmals zu bedenken geben, dass ein Vorhaben dieser Grössenordnung von einem Planer gemacht werden muss und das Projekt nach Submissionsverordnung öffentlich ausgeschrieben werden muss. Es geht also nicht, wenn man einfach zwei Offerten hat. Es muss ein Leistungsverzeichnis geben, das alle Anbieter ausfüllen können, damit die Angebote miteinander verglichen werden können.

Wir werden diesen Antrag unterstützen, aber mit einem komischen Gefühl im Bauch, weil da wirklich bei der Budgetierung etwas schiefgelaufen ist.

Joël Utiger, Die Mitte: Ich muss kurz korrigieren und sagen, dass die Mitte-Fraktion letztes Jahr in der Budgetdebatte einstimmig für die Rasensanierung war und das Budget akzeptierte. Es gab einige Stimmen auf der linken Seite, die das ablehnten. Die Mitte war aber dafür. Ihr könnt es gerne auch im Protokoll des letzten Jahres nachlesen.

Hans Peter Andreoli, BFPW: Dani hat es eigentlich gesagt. Ich bin auch vom Bau und genau so muss der Weg sein. Es muss ein Projekt dahinter sein und dann kostet das etwas. Danach gibt es eine Ausschreibung genauso wie er es gesagt hat. Darum ist es ja so wichtig, dass der Stadtrat mit einer Weisung kommt. Die Weisung muss jetzt einfach kommen und wir haben von Dani gehört, dass sie kommt. Somit bringt es einfach nichts, wenn wir jetzt ins Budget CHF 650'000 nehmen.

Dieser Antrag ist darum abzulehnen und zu warten, bis die Weisung kommt, damit wir dann im Gemeinderat entscheiden können.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Es ist die Sitzung der Fragen. Ich muss zurückfragen. Ist es Herbst 2023 oder Herbst 2024 in dem es frühestens möglich ist mit den Bauarbeiten anzufangen?

Stadtrat Gesellschaft Daniel Tanner: Herbst 2023 oder Januar/Februar 2024. Es ist witterungsbedingt, da man bei gefrorenem Boden keinen Boden sanieren kann. Also entweder im Herbst 2023 oder im Frühling 2024.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Also dann kann nur im Herbst 2023 angefangen werden, wenn wir den Budgetposten auch im Budget haben. Das spricht dafür, dass wir dem Antrag zustimmen.

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Ich schlage vor, dass wir die Fragestunde langsam beenden. Gibt es noch ein Statement?

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Ich erlaube mir noch etwas zu den Beträgen zu sagen. Als wir die Beträge ins Budget eingestellt haben sind wir noch davon ausgegangen, dass wir den Rasen günstig sanieren können. Unterdessen hat sich das als nicht richtig herausgestellt. Wir gehen immer zuerst von der günstigsten Variante aus und lassen uns dann, wenn es nicht möglich ist, vom anderen überzeugen.

Jetzt braucht es eine Weisung, wie es richtig gesagt worden ist. Die Weisung muss hier behandelt werden und nachher muss sie umgesetzt werden. Ob der ganze Betrag nachher im 2023 ausgegeben wird, daran zweifle ich ein bisschen. Ich empfehle den Betrag so drin zu lassen, weil nämlich das der richtige Weg ist. Das Einzige was fehlt ist nachher der Folgebetrag im 2024. Der FEP ist in dem Sinn falsch, dass dort der Folgeertrag fehlt, weil wir jetzt neue Erkenntnisse haben, die wir im Budgetierungsprozess noch nicht gehabt haben.

Also in dem Sinn, wenn Sie nichts machen, kommt es absolut richtig. Es gibt dann eine Weisung und die wird so gemacht, wie Sie sie dann beschliessen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 19:13 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Antrag der GRPK

Seite 286: Primarschule, 10.0722.5060.496, Förderung eigenständiges Lernen

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die Investition CHF 70'000 (geplant jährlich über 4 Jahre) auf dem oben genannten Konto wird sistiert.

Alt: CHF 70'000

Neu: CHF 0

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Wir folgen dem Antrag des Stadtrats.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Zuerst eine Frage an Angelo. Entschuldigung, was heisst, wir folgen dem Antrag des Stadtrats?

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Der Stadtrat empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Es sind zwei unterschiedliche Wörter, die ganz wichtig sind. Die GRPK beantragt, die Gelder für das individuelle Lernen zu sistieren. Darunter verstehe ich, dass das nicht nur einfach für ein Jahr ist, sondern es auch länger dauern kann. Der Stadtrat stellt jedoch ganz bewusst für das Jahr 2023 den Antrag auf Streichung. Das möchte ich zuerst schon genauer wissen, Wenn jetzt gesagt wird, wir schliessen uns dem Stadtrat an, geht das Wort sistieren dann auch aus dem Antrag hervor? Sonst wäre es ja auch sinnlos, wenn die GRPK einen eigenen Antrag stellen würde, den der Stadtrat auch schon gestellt hat. Da möchte ich noch eine Klärung haben.

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Wir stimmen über das Budget 2023 bei den Investitionen ab. Das heisst, der Antrag des Staatsrats ist, die Investition nicht zu tätigen. Diesem Antrag folgen wir.

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Ich präzisiere kurz. Der Antrag kam von der GRPK und der Stadtrat sagte in der Stellungnahme, dass er empfiehlt, den Antrag anzunehmen. Die Empfehlung des Stadtrats ist, den Antrag der GRPK anzunehmen. Also Streichung von CHF 70'000. Nochmals, der GRPK-Antrag ist, die Investition nicht zu tätigen, zu sistieren, die CHF 70'00 nicht zu investieren. Darum geht es. Was der Stadtrat dazu meint, ist eigentlich irrelevant.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Die Investition in die Förderung von eigenständigem Lernen und die Situation der Schulverwaltung haben nichts miteinander zu tun. Das wird immer wieder so zusammengebracht. Bei diesem Antrag geht es um die Förderung der Schulqualität zu Gunsten der Schülerinnen und Schülern. Es geht nicht um Strukturen, es geht um Inhalte. Es geht um die Zukunft. In ihrer Aufgabe, die Qualität der Schule nachhaltig zu verbessern, haben die Schulleitungen den Entwicklungsschwerpunkt "Förderung eigenständiges Lernen" beschlossen. Damit das nicht einfach eine inhaltlose Worthülse bleibt, ist ein

Konzept entstanden, basierend auf je einem Forschungskoffer pro Schuleinheit und der Beschaffung von pädagogischem Material. Daraus ist ein Antrag an die Schulpflege entstanden von jeweils über CHF 70'000 für die Jahre 2023 bis 2026. Im Publikum sitzt die ganze Schulpflege, leider ohne Valérie Henger, die krank ist. Sie kennen die Zusammensetzung dieser Behörde. 2 x SP, 1 x FDP, 1 x SVP, 1 x Die Mitte und 1 x BFPW. Diese Schulpflege hat gemeinsam den Antrag einstimmig bewilligt und hat auch die erste Tranche ins Budget 2023 aufgenommen.

Mich hat schon gestört, dass der Stadtrat der Schulpflege in ihr Gärtchen hinein trampft und jetzt machen wir als Gemeinderat wieder das gleiche. Wir haben eine eigenständige Behörde, in der auch die bürgerlichen Parteien ihre Vertretungen abgeordnet haben und vom Volk wählen lassen. Jetzt gebt ihr diesen einfach den Tritt. Das kann es ja nicht sein. In diesem Sinn ist es für mich nicht akzeptabel, dass wir als Gemeinderat dieser Schulpflege sagen, schön gearbeitet, aber wir wollen euch nicht. Es ist mir darum auch wichtig, weil ich in den letzten zwei Jahren der Schulpflege immer wieder, Entschuldigung, dass ich das jetzt sage, ans Bein gepinkelt habe. Ich habe gesagt, nehmt doch endlich einmal eure Aufgabe, eure Verantwortung wahr, wo in den letzten zwei Jahren sozusagen eben sehr wenig gelaufen ist. Aus diesem Hintergrund bin ich ganz dezidiert dafür, wie sie hören, dass wir den Antrag ablehnen.

Stadtrat Primarschule Pierre Rappazzo: Jetzt rede ich ganz klar auch wieder als Schulpräsident und nicht als Stadtrat.

Die Investition ist Teil des Schulprogramms, die die Schulpflege im Jahr 2020 verabschiedet hat. Im ersten Teil habe ich euch erklärt, wie das Schulprogramm zustande kommt. Konkret steht dort das Ziel für 2023: "In jeder Schuleinheit steht ein Raum mit verschiedenen Forschungsmaterialien oder Forschungskisten zur Verfügung oder es ist ein Ablageort verschiedener Forschungsboxen definiert."

Wenn der Stadtrat da von Wunschbedarf spricht, dann ist das schon ziemlich vermessen und wird von der Schulpflege vehement zurückgewiesen. Woher nimmt der Stadtrat die Kompetenz, über das Schulprogramm zu bestimmen, wie man den Lehrplan 21 umsetzt? Das Schulplanprogramm ist kein Wunschkonzert, sondern die Strategie der Schule, wie die Vorgaben aus dem Lehrplan 21 umgesetzt werden. Es ist übrigens aus meiner Ansicht ein Novum, dass der Stadtrat einen Antrag zur Kürzung bei einem Stadtratskollegen stellt. Auch das kann ich eigentlich nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen. Aber ich nehme es, wie meine Kollegen auch, sportlich und hoffe darauf, dass da vielleicht der eine oder andere Einsicht zeigt. Auf alle Fälle, die Schulpflege beantragt, dieser Kürzung nicht zuzustimmen.

Joël Utiger, Die Mitte: Bei diesen jährlich für vier Jahre wiederkehrenden CHF 70'000 geht es schlussendlich um eine gute Weiterentwicklung der Schule und des Unterrichts zu einem modernen Schulsystem. Heutzutage ist es weniger entscheidend, wie gut jemand oder wie gut die einzelnen Schüler in einzelnen Fachgebiet sind, sondern zunehmend werden fachübergreifende Themen wie zum Beispiel das Erlernen des kritischen Denkens oder zum Beispiel die Selbstorganisation wichtiger. Das Erlernen der überfachlichen Kompetenzen wird durch das Projekt des eigenständigen Lernens gestärkt. Auch die OSW hat in den letzten

Jahren verstärkt auf das eigenständige Lernen gesetzt. Deshalb erachtet es die Mitte-Fraktion auch als gut, wenn die Wädenswiler Kinder und Jugendlichen mit dieser Thematik auch schon verstärkt in der Primarschule in Berührung kommen, was den Übergang in die OSW sicherlich auch erleichtern kann und wird.

Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion die Sistierung dieser Gelder ab und lehnt somit auch den Antrag der GRPK ab.

Hans Roth, SP: Ich will das nur unterstützen, was Pierre gesagt hat. Man kann, wenn man als Lehrperson tätig ist, mit einer grossen Klasse mit grosser Heterogenität und Vielfalt entweder zusätzliches Personal einstellen oder man kann diesen Jugendlichen oder Kindern etwas geben, woran sie selber forschen können. In dem Sinn ist der Antrag eindeutig abzulehnen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:17 Stimmen zu.

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Zu den ordentlichen Abschreibungen gibt es keinen Antrag der GRPK.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr gibt es weder weitere Wortmeldungen noch liegen weitere Anträge vor.)

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Wir kommen bald zur Schlussabstimmung. Vorher müssen wir noch alle Anträge zusammentragen, da wir hier keinen Fehler machen dürfen und dann über das Richtige abstimmen.

**** 5 Minuten Pause ****

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Ich lese die Anträge vor, die abgelehnt worden sind. Das ist etwas Effizienter als umgekehrt.

- Finanzen, Konto 0200.3130.00 Buchhaltung/externe Dienstleistungen: Die Ausgabe um CHF 50'000 zu erhöhen, wurde abgelehnt.
- Primarschule, Konto 10.0722.3020.00 Löhne der Lehrpersonen (kommunal): Der Antrag Kürzung um CHF 100'000 und wurde auch abgelehnt.
- Sport, Konto 10.0671.5030.461, Sanierung Trainingsplatz Beichlen: Der Antrag der Fraktion Die Mitte, die Investition um CHF 350'000 zu erhöhen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Schlussabstimmung zum Budget und den Leistungsaufträgen

Der Rat stimmt dem Budget 2023 mit den heute beschlossenen Anträgen sowie den Leistungsaufträgen 2023 mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen einstimmig zu.

Zweitens Steuerfuss 2023

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich komme wieder auf mein Anfangsstatement zurück. Ich habe damit geschlossen, dass ich mich gerne positiv überraschen lasse. Bei den Abstimmungen ist das jetzt einmal vorgekommen, immerhin.

Ich würde mich freuen, wenn ich mich noch einmal positiv überraschen lassen kann. Wir haben von der GRPK einen Mehrheitsantrag, dass der Steuerfuss bei 85 % bleibt und wir haben den Antrag des Stadtrats und entsprechend auch von der Minderheit der GRPK, den Steuerfuss auf 86 % zu erhöhen.

Wir haben jetzt ganz viele Kürzungen beschlossen. Das heisst, wir haben den Aufwand reduziert. Jetzt diskutieren wir darüber, auch den Ertrag zu erhöhen, weil wir quasi einstimmig, auch in der GRPK, vorher darüber diskutiert haben, dass wir beide Seiten brauchen, also den Aufwand reduzieren und den Ertrag erhöhen.

Ich vertrete den Antrag der Minderheit und auch den des Stadtrats, dass der Steuerfuss auf 86% zu erhöhen ist, um eben den Cashflow im nächsten Jahr zu erhöhen und die finanziellen Mittel bereitzustellen.

Anträge der GRPK

Eine Mehrheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 85 % zu belassen.

Eine Minderheit der GRPK folgt dem Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss auf 86 % zu erhöhen.

Begründung des Mehrheitsantrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Als Mitglied der GRPK vertrete ich den Mehrheitsantrag den Steuerfuss stabil, das heisst unverändert bei 85 % zu belassen. Das aus mehreren Gründen.

Erstens: Die unter der Führung des neuen Stadtrats Finanzen Christof Wolfer ausgearbeitete Finanzstrategie 2022 bis 2026 begrüsse nicht nur ich, sondern die Mehrheit der GRPK-Mitglieder. Auch die FDP-Fraktion steht voll und ganz dahinter. Die Mehrjahresstrategie schafft eine Chance, damit wir die Finanzprobleme systematisch angehen und echt lösen, statt nur vor uns her zu schieben. Im FEP haben wir klar aufgezeigt bekommen, und das ist

auch heute Abend schon mehrfach diskutiert worden, dass wir trotz moderaten Rechnungsüberschüssen einen Cashflow-Fehlbetrag von CHF 5 Mio. pro Jahr aufweisen und um diesen die Schulden erhöhen müssen, wenn wir keine sonstigen Anpassungen vornehmen. Ich glaube, da machen wir uns alle nichts vor in diesem Raum. Die CHF 2.8 Mio. Gewinn sind nicht der wesentliche Posten, sondern es ist der Fehlbetrag den wir aus einer Cashflow-Sicht haben.

In der Finanzstrategie des Stadtrats, die genehmigt bzw. in weiten Teilen genehmigt worden ist, sind auf Seite 39 die vom Stadtrat unterstützten Massnahmen aufgeführt. Dort kommt an erster Stelle ganz klar die systematische Leistungs- und Kostenüberprüfung in der Verwaltung, die auch mittels objektiver, vergleichbarer Daten, Stichwort Benchmarking, Sparpotenziale innerhalb der Verwaltung aufzeigen soll. Es ist mir klar, dass das nicht ein Einjahresprozess ist. Das wird am Schluss ein Prozess, den man sozusagen mit in den Gesamtprozess nehmen und immer wieder anschauen muss. Aber ich denke, im ersten Jahr geht es jetzt darum, Daten und Einsparpotenzial aufzuzeigen. Die Leistungsüberprüfung, die es im 2021 einmal gegeben hat, ist irgendwie im Morast steckengeblieben. Wir haben nämlich nicht mehr viel davon gehört und jetzt geht es darum, das wirklich weiterzuführen und die konkrete Identifikation von Potenzial, aber auch konkrete Spar- und Verbesserungspotenziale also Lösungen, Massnahmen umzusetzen, um die Finanzierungslücke zu verkleinern.

Ob das dann reicht in der Einsparung der Laufenden Rechnung CHF 5 Mio. hinzubringen, das wird sich zeigen. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir uns, und das haben mir auch meine bürgerlichen Kollegen in der GRPK versichert, nicht gegen eine Erhöhung des Steuerfusses stellen, wenn es das braucht um die finanzielle Lage wieder ins Gleichgewicht zu bringen und einen weiteren Schuldenaufbau zu verhindern. Das Letzte, das wir wollen, ist einfach Anschreiben und unseren Kindern Lasten überlassen. Jeder vernünftige Haushaltsvorstand oder Firmenchef würde gleich handeln. Aber wir wehren uns dagegen, dem sonst schon gebeutelten Steuerzahler durch explodierende Gas- und Strompreise und stark gestiegenen Inflation jetzt noch mehr Geld aus dem knappen Haushaltsbudget zu ziehen, bevor wir in der Stadtverwaltung unser Möglichstes getan haben, den Griff in die Brieftasche zu verhindern oder zumindest minimal invasiv auszugestalten. Wer in der Privatwirtschaft tätig ist weiss, dass praktisch aus jedem Budget mindestens 5 % Ineffizienz, Leerlauf oder auch Fett entfernt werden kann, ohne dass die Erfüllung der Kernaufgaben bzw. des Gesamtauftrags darunter leidet. Im Gegenteil, so einen Prozess motiviert auch gute Mitarbeiter, hier einmal ernsthaft über die Bücher zu gehen. Das erwarten wir vom Stadtrat und zwar jetzt.

Zweitens: Natürlich kann man das Argument bringen, dass die Erhöhung um 1 % bei gleichzeitiger Senkung des OSW-Steuerfusses den Steuerzahler netto nicht mehr belasten würde und ich habe auch gewisses Verständnis dafür. Tatsache ist aber, dass die Wädenswiler Stimmbürger vor kurzem einen Konnex zwischen OSW und Stadt in der kürzlichen Volksabstimmung klar abgelehnt und somit zum Ausdruck gegeben haben, dass sie die beiden Einheiten separat betrachten und beurteilen wollen. Somit würde eine opportunistische Erhöhung des Steuerfusses der Stadt um 1 % schon zum jetzigen Zeitpunkt vom Vorgehen in der oben definierten Finanzstrategie ablenken. Es garantiert auch niemand, dass die OSW nicht schon das nächste Jahr wieder einen Punkt nach oben geht. Würde die Stadt dann auch wieder einen Punkt nach unten gehen, bevor es dann vielleicht im Folgejahr strukturell aufgrund der Leistungs- und Kostenüberprüfung wieder nach oben geht? Wir sollten beim

Planen und beim Vorgehen gemäss Finanzstrategie auf der Seite 39 bleiben und das auch so durchziehen.

Drittens: In der Pflicht steht aber auch der Gemeinderat. Er ist es, der der Stadt immer mal wieder neue Aufgaben und Leistungen aufgebürdet und viele Sparanstrengungen, so auch im Budget 2023, untergräbt. Die Anziehung von juristischen Personen mit hohem Steuersubstrat und auch von zahlungskräftigen privaten Steuerzahlern wird nicht erreicht werden, wenn wir aus den ohnehin schon knappen Mitteln weiterhin Millionen verpulvern mit Luftschlossprojekten wie die Erschliessung des kleinen Seeuferlückelis, das CHF 20 Mio. kostet, davon CHF 4 Mio. für die Stadt. In Klammern darf ich Jonas Erni einen Dank aussprechen, da er der Stadt damals mit dem Vorstoss einen schönen Bärenienst erwiesen hat. Es ist schon ein paar Jahre her, aber die Meisten wissen es noch. Oder auch eine masslos überteuerte Passerelle über die Bahnlinie zum See. Das sind einfach Sachen, bei denen wir jetzt einsehen müssen, dass wir uns das schlicht nicht leisten können. Wir müssen schauen, dass wir uns Kernaufgaben wie ein gutes Schulsystem, gute Verkehrsinfrastruktur oder insgesamt eine gute Lebensqualität bei einem vernünftigen Steuerfuss leisten können.

Zusammenfassend lassen wir den Stadtrat jetzt seine systematische Leistungs- und Kostenüberprüfung unter Berücksichtigung von Benchmarking-Daten aus anderen Gemeinden durchführen und fokussiert die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und Massnahmen ergreifen. Wir erwarten vom Stadtrat, und zwar von ausnahmslos jedem Mitglied, dass die Übung ernsthaft durchgeführt und danach in einen regelmässigen Prozess überführt wird. Wenn die Übung fundiert und glaubwürdig durchgeführt wird, die Finanzen aber nicht ohne Anpassung der Einnahmenseite ins Lot gebracht werden können, so werden einer adäquaten Erhöhung des Steuerfusses auch auf bürgerlicher Seite keine ideologiegetriebenen Scheuklappen im Weg stehen.

Mitglied der GRPK, Ursula Gall, Die Mitte: Es ist eine einfache Milchbüchleinrechnung und genau so simpel und pragmatisch möchte ich hier auch argumentieren. Die OSW senkt den Steuerfuss um 1 %, das übrigens einstimmig an der Gemeindeversammlung. Sie garantieren, dass sie ihn bei 19 % sicher bis in 2026 halten können. Sie haben auch eine Präsentation gemacht bei uns in der GRPK, in der sie das mehrfach betont haben. Darum sind sie auch nicht 2 %, sondern nur 1 % runtergegangen. Ich nehme sie jetzt beim Wort, weil sie behaupten, wenn sie 2 % runtergegangen wären, müssten sie ab dem 2026 wieder Fremdkapital aufnehmen. Auf jeden Fall bedeutet das, dass wir das Steuerprozent quasi Geschenk bekommen. Es spült +/-, ich weiss es, es ist eine relative Zahl, CHF 900'000 in die Stadtkasse, ohne dass der Steuerzahler mehr zahlen muss.

Wir unterstützen damit klar den Antrag des Stadtrats, dass der Gesamtsteuerfuss gleich und damit stabil bleibt. Für uns hat das Wort stabil eine andere Bedeutung. Ich vergleiche es nämlich damit, wie wenn jemand eine Wohnung mietet. Ich habe das Argument der SVP gelesen, die sagt, man sollte den OSW-Steuerfuss nicht mit dem Wädenswiler Steuerfuss vergleichen. Wenn man aber eine Wohnung mietet, dann ist es schlussendlich eigentlich egal was Fix- und was Nebenkosten sind. Ende Monat zahlt man die Miete und die exakte Aufteilung ist einem manchmal nicht mehr richtig bewusst. Aus der Sicht des Steuerzahlers macht es nämlich auch keinen Sinn, dass wir jetzt den ganzen Abend von hohen Schulden geredet haben und dann gleichzeitig die Steuern senken wollen, wenn man doch eigentlich schon

weiss, dass es in den nächsten Jahren tendenziell wieder hinaufgeht. Als Steuerzahler selber wünsche ich mir eine gewisse Planbarkeit und Konstanz.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Gerne sage ich auch noch etwas zum Steuerfuss. Als erstes ist es ganz klar, die Stadt hat im Moment einen konstanten Steuerfuss. Jetzt kann man sagen Oberstufe und Stadt sind zwei verschiedene Sachen, wie es erwähnt worden ist, wir sehen das aus zwei Gründen aber anders.

Erstens sieht der Steuerzahler nur einen Steuerfuss, einen Steuersatz. Er sieht auf der Steuerrechnung einen Rechnungsbetrag, unabhängig von der Oberstufe oder von der Stadt. Auch der Vergleich, wie sich der Steuerfuss um den See mit anderen Gemeinden entwickelt, es wird immer der Gesamtsteuerfuss angegeben. Also der Gesamtsteuerfuss ist für den Bürger entscheidend und nicht die Aufteilung.

Zweitens; Abstimmung über die Oberstufe hin oder her, wir haben eine finanzielle Verbindung. Warum hat die Oberstufe ihren Steuerfuss senken können? Weil sie zu viel Eigenkapital hat bzw. Eigenkapital abbauen konnte. Wieso hat sie so viel Eigenkapital? Wieso kann sie Eigenkapital abbauen? Weil sie keine Liegenschaften hat, die sie mit Eigenkapital unterlegen muss. Wer hat die Liegenschaften? Die Stadt Wädenswil ist Eigentümerin von sämtlichen Oberstufenschulhäusern und unterlegt sie auch mit Eigenkapital. Das ist der Grund, warum wir mehr Eigenkapital brauchen und darum hat es eben schon einen Zusammenhang, warum die Oberstufe heruntergehen kann und wir mehr Eigenkapital als die Oberstufe brauchen. Das ist der eine Punkt des Zusammenhangs zwischen der Oberstufe und uns und dass der Steuerzahler nur einen Betrag sieht. Wir sehen es nicht als richtig an, jetzt vorzutäuschen, dass wir mit den Steuern hinuntergehen und es uns gut geht, mit dem Wissen, dass wir mit der Leistungsüberprüfung, bei der auch der Stadtrat klar sagt, das kommt jetzt zuerst, auch aus politischen Überlegungen, das machen wir zuerst in der Finanzstrategie, wissen wir, dass es am Schluss wahrscheinlich nicht ganz reicht und es wäre aus unserer Sicht ein grosser Fehler, jetzt 1 % herunterzugehen und in ein paar Jahren müssen wir wieder hinauf gehen. Das wird nicht verstanden. Das zweite ist, dass in der Zwischenzeit die Schulden um mindestens weitere CHF 3 Mio. bis 4 Mio. gestiegen sind. Pro Jahr sind es rund CHF 900'000, mittelfristig CHF 1 Mio. Also es macht keinen Sinn, die Zeit jetzt einfach so ins Land gehen zu lassen und die Schulden weiter anwachsen zu lassen.

Ein weiterer Punkt ist, dass es auch taktisch falsch ist, weil der Steuerfuss nicht nur definiert, wie viel Steuereinnahmen wir haben, sondern auch wie viel Steuerausgleich wir bekommen. Der Steuerausgleich wird multipliziert mit dem Steuersatz. Ich gehe davon aus, das ist jetzt eine persönliche Einschätzung von mir, dass die Steuerkraft von Wädenswil relativ zur Steuerkraft des Kantons in den nächsten Jahren steigen wird. Das heisst, dass der Steuerausgleich weniger wird, das heisst, wir verschenken Steuerausgleich zulasten unserer eigenen Bewohner, wenn wir dann in drei bis vier Jahren mit dem Steuerfuss hinauf müssen. Auch taktisch von der Zeitabfolge ist es falsch, jetzt mit dem Steuerfuss herunterzugehen als Gesamtstadt.

In dem Sinn, weil wir ganz klar das Ziel im Vordergrund haben, nicht weitere Schulden aufzubauen, würden wir ein falsches Zeichen setzen, wenn wir jetzt wie vorher mit grossem Getöse irgendwo eine halbe Million gespart haben und jetzt mit einem Federstrich wieder

CHF 900'000 weggeben und die Schulden um zusätzliche CHF 400'000 erhöhen. Ich würde das ganz klar als falsch taxieren und es entspricht nicht unserer Finanzstrategie. Auch unsere Finanzstrategie sagt klar, dass wir zuerst die Leistungsüberprüfung machen, bevor wir den Steuerfuss diskutieren. Das ist so. Aber es steht auch, für die, die sie ganz gelesen haben, dass für ausserordentliche Effekte auch ausserordentliche Einnahmen generiert werden können, zum Beispiel beim Ukrainekrieg oder solche Sachen. Das ist ausgenommen und wenn es sich jetzt gerade so ergibt, dass die Oberstufe heruntergeht, ja, nehmen wir das Prozent, weil es einfach eine klare, saubere und nachhaltigere Politik ist und das ist das, was wir im Stadtrat suchen.

Patrick Höhener, Grüne: Liebe bürgerliche Kollegen, was ich erzähle, interessiert euch nicht gross. Wahrscheinlich sind die Meinungen gemacht. Ich sage es aber nochmals, ihr habt jetzt immerhin euren eigenen Stadtrat gehört, der aus meiner Sicht sehr gut argumentiert hat, warum so eine Erhöhung Sinn macht. Beat, versteh mich nicht falsch, ich bin noch nicht so lange dabei, aber es ist jetzt meine fünfte Budgetsitzung und so +/- ist es inhaltlich schon immer etwa das Gleiche, das ich gehört habe. Wir schauen einmal und dann machen wir die Analyse und wenn, dann sind wir also auch auf der bürgerlichen Seite durchaus auch für eine moderate Erhöhung. Es ist das fünfte Jahr. Ich denke, das höre ich wahrscheinlich jetzt noch ein paar Mal. Ich finde, du hast gut argumentiert Christof und in dem Sinn gibt es vielleicht noch den einen oder anderen, der die Meinung ändert.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr gibt es keine weiteren Anträge.)

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Da der Minderheitsantrag der GRPK deckungsgleich mit jenem des Stadtrats ist, stellt der Mehrheitsantrag den einzigen Änderungsantrag dar und es ist nur über diesen abzustimmen.

Abstimmung über den Mehrheitsantrag der GRPK (mit Stimmezählern)

Der Rat lehnt den Mehrheitsantrag mit 17:16 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab.

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Antrag der GRPK

Die einstimmige GRPK beantragt, das Budget der politischen Gemeinde für das Jahr 2023 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen - unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen und zum Steuerfuss zu genehmigen

Genehmigung des Budgets 2023 inklusive Leistungsaufträge und Steuerfuss von 86 %.

(Keine Wortmeldungen.)

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt dem Gesamtpaket grossmehrheitlich zu.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich möchte euch im Namen des Stadtrats herzlich danken für die sehr engagierte Diskussion und noch mehr für den grossen Einsatz, den ihr als Mitglieder des Gemeinderats immer leistet. Ich nutze die Gelegenheit, auch der Primarschulpflege, die heute dabei gewesen ist, herzlich für den Einsatz zu danken und alles Gute zu wünschen für das neue Jahr. Das gleiche wünsche ich euch auch. Und jetzt vor allem auch eine schöne Weihnachtszeit und gute Erholung. Vielleicht erinnert ihr euch, wir oder ein guter Teil von uns waren letzten Samstag im Wädenswiler Berg auf Einladung unseres Gemeinderatspräsidenten. Ich möchte auch unserem Gemeinderatspräsidenten herzlich für seinen Einsatz danken und auch für die Einladung vom letzten Samstag. Ich fand es eine sehr gemütliche Runde und es gab auch überparteilich gute Diskussionen. Ich hoffe, dass wir so auch ins neue Jahr hineingehen können. Danke vielmals und einen schönen Abend.

(Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr schliesst die Sitzung und wünscht einen schönen Abend.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.